

KLÄRUNG DER POLITISCHEN PHASE UND DER STRATEGIE



VORBEMERKUNG ZUR BEGRIFFSKLÄRUNG

Die drei folgenden Begriffe sind essentiell für das Verständnis des vorliegenden Dokuments, besitzen im Deutschen jedoch keine Übersetzung, die den baskischen Begriff korrekt wiedergibt. Wir erläutern sie deshalb in dieser Vorbemerkung.

Abertzale / abertzale Linke: Das baskische Wort "abertzale" bedeutet in seiner ursprünglichen Übersetzung "patriotisch". Die mit dem deutschen Begriff verbundenen ideologischen Konnotationen unterscheiden sich wesentlich vom baskischen "abertzale". Im 21. Jahrhundert bezeichnen sich alle die Organisation und Individuen als "abertzale", die ein neues baskisches Gemeinwesen anstreben, das jenseits des aktuellen Rechtsrahmens der spanischen und französischen Verfassung sowie der bestehenden Autonomiestatute entstehen soll. Gemeinsame Nenner der Abertzalen sind das Selbstbestimmungsrecht des Baskenlandes, seine territoriale Einheit und die Anerkennung der baskischen Identität.

Der Begriff "abertzale Linke" ist eng verknüpft mit der speziellen Ausprägung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung als progressive und internationalistische Bewegung. Als solche umfasst sie ein breites Spektrum von Organisationen, wie zum Beispiel politische Parteien, Gewerkschaften und kulturelle Organisationen, sowie bedeutende Teile der Frauen-, Umwelt- und Internationalismusbewegungen, die das gemeinsame Ziel der Befreiung des Baskenlandes haben. So wie Republikanismus eine besondere Bedeutung im irischen Kontext besitzt, kann der Begriff „abertzale“ nicht nur einfach als Unabhängigkeitsbewegung übersetzt werden, ohne seine progressive Bedeutung zu betonen.

Herri: Die abertzale Linke benutzt das Wort "herri" als Sammelbegriff für die gesellschaftliche Mehrheit der im Baskenland lebenden Menschen. Die deutsche Übersetzung ist "Volk". "Volk" ruft vor seinem geschichtlichen Hintergrund in Deutschland imperialistische und rassistische Assoziationen hervor und wirkt ablehnend und ausgrenzend. Im baskischen Sprachgebrauch ist das Wort "herri" jedoch offen und integrativ gegenüber allen, die im Baskenland wohnen und arbeiten. In diesem - baskischen - Sinne verwenden wir das Wort "Volk" in der vorliegenden deutschen Übersetzung.

Euskal Herria: Euskal Herria bezeichnet das gesamte Baskenland, das aus sieben Provinzen besteht. Es umfasst 20 000 km² und hat eine Bevölkerungszahl von etwa 3 Millionen. Das Baskenland ist derzeit geteilt: Lapurdi, Nafarroa Beherea und Zuberoa befinden sich unter französischer Verwaltung. Die drei Provinzen sind dabei keine Verwaltungseinheit, sondern ohne Eigenständigkeit in andere Departements eingliedert. Die südlichen vier Provinzen befinden sich unter spanischer Herrschaft: Bizkaia, Gipuzkoa und Araba bilden als Comunidad Autonoma Vasca (CAV, Autonome baskische Gemeinschaft) eine Einheit. Nafarroa hat eine separate Regionalverwaltung (CFN, Foralgemeinschaft Navarra). In den Medien wird oft das Baskenland mit der Comunidad Autonoma Vasca gleichgesetzt.

Die Übersetzerinnen und Übersetzer

INHALT

0. EINLEITUNG	4
1. DER POLITISCHE VERLAUF DES BEFEIUNGSPROZESSES	5
2. HAUPTMERKMALE DER AKTUELLEN LAGE	11
3. BESCHREIBUNG DER AKTUELLEN LAGE	15
4. UNABHÄNGIGKEITSSTRATEGIE	16
5. DER DEMOKRATISCHE PROZESS, SCHLÜSSEL FÜR POLITISCHE VERÄNDERUNGEN	21
6. NOTWENDIGE SCHRITTE, UM UNSERE ZIELE ZU ERREICHEN	28

EINLEITUNG

Die abertzale Linke steht in diesem Moment vor einer wichtigen Herausforderung: der Klärung der politischen Phase, in der wir uns befinden, und der Unabhängigkeitsstrategie, um so eine wirkungsvolle politische Linie zu entwickeln. Analysieren, woher wir kommen und wo wir uns befinden, um festzulegen, wohin und wie wir fortschreiten. Denn Betrachtungsweisen, Initiativen oder Aktivitäten, die nicht das letzte Jahrzehnt, den letzten Verhandlungsprozess oder die aktuelle Lage einbeziehen, bergen die große Gefahr der Beliebigkeit und der Improvisation.

Dieses Dokument enthält als Ausgangspunkt Analysen zum politischen Verlauf des Befreiungsprozesses der letzten Jahre und zur aktuellen Lage. Uns dies wieder ins Gedächtnis zu rufen, erschien uns für ein besseres Verständnis des Inhalts dieses Dokumentes wichtig. Aus demselben Grund haben wir den zurückgelegten politischen Weg reflektiert. Nicht um diese Punkte zu priorisieren, um einen über die anderen zu stellen, nicht um oberlehrerhaft die eine oder andere Richtung vorzugeben, sondern mit dem Ziel, aus einer möglichst breiten Perspektive, so umfassend wie gegenwärtig möglich, die politische Linie zu konkretisieren.

Denn die aktuelle Situation ist eine Konsequenz des großen Erfolges, der in 30 Jahren Kampf erzielt wurde: aus den Reformen der Nach-Franco-Zeit, deren Ziel die Assimilation Euskal Herrias - des Baskenlandes - war, entstand ein juristisches und politisches Spinnennetz. Sie haben es jedoch nicht geschafft, dieses Netz zu verdichten. Als Konsequenz haben wir die Möglichkeiten lebendig gehalten, einen tief greifenden demokratischen Wandel herbeizuführen.

Dabei haben wir die Möglichkeiten für Veränderungen nicht nur lebendig gehalten, sondern wir haben sie im letzten Verhandlungsprozess - mit seinen Fehlern und Schwierigkeiten - aufgezeigt und definiert. Außerdem haben wir in diesen letzten Jahrzehnten erfolgreich die Kernpunkte einer demokratischen Lösung im Bewusstsein der Gesellschaft verankert.

Alles in allem haben wir Euskal Herria an die Schwelle des politischen Wandels gebracht. Nach 30 Jahren sind die Tore für Veränderungen sperangelweit offen. Dies ist die erste Analyse, die wir zu machen haben, eine positive Analyse, obwohl wir den schwierigen Weg kennen, den wir zurücklegen mussten, und auch die Grausamkeit der derzeitigen Repression. Jetzt ist die Herausforderung, nach Jahrzehnten des Kampfes die offene Tür zu durchschreiten und den politischen Wandel zu vollziehen. Die Bedingungen hierfür sind ausreichend. Der Schlüssel liegt darin, in einem Zusammenschluss der Kräfte diese Bedingungen so zu formen, dass der politische Wandel vollzogen werden und die Phase der Konstruktion eines baskischen Staates beginnen kann. Unsere Aufgabe ist es, eine geeignete Strategie zu definieren, die den Schlüssel zur Lösung der Konfrontation zwischen Euskal Herria und den Staaten (dem spanischen und dem französischen Staat) bereitstellt.

Das Ziel des vorliegenden Dokuments ist die Klärung der politischen Phase, der Entwurf einer geeigneten Strategie für den politischen Wandel, sowie einen signifikanten Schritt vorwärts im Befreiungsprozess zu gehen.

1. DER POLITISCHE VERLAUF DES BEFREIUNGSPROZESSES

1.1. Das Ende einer Strategie und die Reflexion von 1994

Ende der 70er Jahre machte Spanien durch den so genannten spanischen Reformprozess wichtige Schritte in seinem Projekt der Staatskonsolidierung. Neben vielen anderen legislativen Änderungen beinhaltete dieser Prozess vor allem die Integration in die internationalen Strukturen, Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und die Neudefinition des Staates durch die LOAPA¹. Trotz alledem erreichte man ein Ziel nicht: die Neutralisierung der baskischen nationalen Befreiungsbewegung. Damals verfolgte die linke Unabhängigkeitsbewegung eine Verhandlungsstrategie, die auf den folgenden Eigenschaften fußte: durch die direkte Konfrontation des Staates Druck zu erzeugen, um ihn an den Verhandlungstisch zu bringen und die Umsetzung der Alternative KAS² auszuhandeln.

In jener Phase siegte der Widerstand über die Reform und auch über die Versuche, die Befreiungsbewegung zu vernichten. Die gescheiterte spanische Politik, Gefangene zum Abschwören zu bringen, der Aufstandsbekämpfungsplan ZEN³ oder der "schmutzige Krieg" der GAL zeigten die Absicht. Bei den politischen Gesprächen von Algier wurde die Notwendigkeit von Verhandlungen ebenso deutlich wie der Fakt, dass die abertzale Linke - um genau zu sein ETA⁴ - die notwendige Gesprächspartnerin war. Obwohl die in jenen Gesprächen geleistete Arbeit im Laufe der Jahre in Vergessenheit geraten sein könnte, bedeutete sie einen Fortschritt in der Beschreibung der Verhandlungsphasen und der Charakterisierung des Verhandlungsprozesses. Außerdem konkretisierte sie die Schritte, die für eine Veränderung der Rahmenbedingungen nötig sind, und brachte ein Nachdenken über die Angemessenheit der politisch-militärischen Strategie.

Die Anzeichen für ein Ende dieser Strategie zeigten sich folgendermaßen:

- Es gab eine politisch/strategische Abhängigkeit von der bewaffneten Organisation (der Hauptkampf verlief zwischen ETA und den Besatzungsmächten, ein Kampf, bei dem der Großteil des Volkes nur

Zuschauer war).

- Davon abhängig waren dann alle anderen Formen des Kampfes.

- Wir agierten gemäß der territorialen Teilung, so wie die Staaten sie uns aufgezwungen haben, ohne dabei eine nationale Strategie zu schaffen und bezogen auf den französischen Staat ohne konkret ein angemessenes Kräfteverhältnis zu schaffen (im nördlichen Baskenland war die abertzale Linke gespalten, hinzu kam der Niedergang der Iparretarrak und Paris begann, Vorschläge in der Absicht zu unterbreiten, den Konflikt zu deformieren und zu verstecken).

Die Verhaftung der ETA-Führung in Bidart⁵ 1992 beendete diese Strategie. Nach den Gesprächen von Algier hatte die Priorität auf dem bewaffneten Kampf gelegen. Es hatte die Überzeugung vorgeherrscht, man könne angesichts der damals anstehenden Großereignisse (die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla) Druck auf die PSOE⁶-Regierung ausüben. Auf eine einzige Karte zu setzen, war wieder einmal gescheitert.

Die Anzeichen dieses Scheiterns vor Augen begann 1994 eine Periode der Reflexion und der Neugestaltung. Man begann mit einer Strategie des nationalen Aufbaus. Ohne auf den D-Day für politische Veränderungen zu warten, legten wir einen besonderen Schwerpunkt auf die tagtägliche Arbeit. Das soll nicht bedeuten, dass man sich zuvor nicht dem nationalen Aufbau gewidmet hätte. Der Unterschied liegt in der politischen Dimension, der wir eben diesem Aufbau zukommen lassen wollten. In dem Moment, in dem wir das bis 1992 entwickelte Modell ersetzten, erzwangen wir ein Szenario der strategischen Arbeit. Anstatt den Konflikt mit dem Staat auf ein Feld zu konzentrieren, setzten wir auf die Erweiterung der Felder. Das führte zu einer Trennung zwischen Themen, die die baskische Gesellschaft entscheiden sollte und die man mit den Staaten auszuhandeln hatte. Zusammen mit den täglichen Aktivitäten zum nationalen Aufbau gab dies der Strategie eine neue Dimension.

Mit den erwähnten Differenzierungen (eben was mit den Staaten verhandelt werden muss und was in Euskal Herria zu beschließen ist) stellten wir die Demokratische Alternative vor. Sie stellt damit eine frühe Haltung zur Frage der Grundlagen der Über-

¹ LOAPA: Ley Orgánica de Armonización del Proceso Autonómico (Gesetz zur Harmonisierung des Autonomieprozesses), 1982.

² Alternative KAS: Verhandlungsposition der 1976 gegründeten Koordinadora Abertzale Sozialista (KAS), eines Bündnisses linker Organisationen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung

³ Plan ZEN: die PSOE entwickelte den Plan ZEN 1982 als Strategie zur Vernichtung der baskischen Befreiungsbewegung. Die Zona Especial Norte (Sonderzone Nord) ist dabei das Baskenland. Elemente der Strategie waren psychologische Kriegsführung, Integration der Medien in die Aufstandsbekämpfung, Folter, Killerkommandos der GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación, Antiterroristische Befreiungsgruppen). Die GAL ermordeten von 1983-87 insgesamt 27 Menschen. Sie wurden von der Regierung Felipe González (PSOE) organisiert, finanziert und gedeckt.

⁴ ETA: Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit), 1959 gegründet, führt einen bewaffneten Kampf für ein sozialistisches und unabhängiges Baskenland

⁵ Am 29. März 1992 wurden im kleinen Küstenort Bidart im nördlichen Baskenland Führungsmitglieder der ETA verhaftet.

⁶ PSOE: Partido Socialista Obrero Español (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), 1879 gegründet, derzeit Regierungspartei mit Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero.

windung des Konflikts dar. Diese Grundlagen würden über die Jahre immer wieder auftauchen. Die Demokratische Alternative war eine Aktualisierung der Alternative KAS und wurde später selbst durch den Vorschlag von Anoeta aktualisiert.

Mit Initiativen, wie zum Beispiel "Euskal Herria askatu (Freiheit für das Baskenland)" gewannen in jener Zeit Kämpfe und Demonstrationen auf der Straße erheblich an Stärke. Kämpfe, die die notwendige Stärke besaßen, um gegen den aufgezwungenen politisch-rechtlichen Rahmen anzugehen, und die die Möglichkeit für Veränderungen eröffneten. Die Eskalation des Konflikts in jenen Jahren war nicht allein der Wille der abertzalen Linken. Sowohl unsere Feinde als auch ihre Kollaborateure starteten einen schweren Angriff, der zum einen auf der Dichotomie "Demokraten/Gewalttätige" beruhte und der zum anderen Kriminalisierungsdynamiken initiieren sollte. So wurde der Boden vorbereitet, auf dem die späteren Attacken der konservativen Volkspartei PP folgen würden.

Die abertzale Linke widerstand dem nicht nur, sondern sie drängte in Richtung einer Situation, die es ihr möglich machen sollte, ihre politischen Ziele zu erreichen. Aus dieser Notwendigkeit heraus, initiierte man eine schnelle Dynamik auf der Straße. Denn man muss zuerst säen, bevor man ernten kann. Nichtsdestotrotz sollten wir nicht vergessen, dass es das klare Risiko gab, mit Formeln wie der "Vergesellschaftung des Leidens" oder mit der Verachtung gegenüber politischen Initiativen Fehler in unserem Kampf zu machen. Tatsächlich bestand immer das Risiko, die politische Arbeit (das Erringen von Zwischenzielen ist nicht wichtig) zu unterschätzen und auf den einfachen Aktivismus (Kampf ohne Ziele) zu setzen. Trotz alledem kam man in diesen Jahren zu positiven Ergebnissen. Die abertzale Linke gewann im ganzen Baskenland an Stärke und war sogar gerüstet, den großen politischen Herausforderungen zu begegnen, die sich ankündigten. Die Schritte, die man im nördlichen Baskenland unternahm, sind ein Beispiel für diese Entwicklung:

- Die Reorganisation der versprengten Kräfte (Schaffung von Abertzale Batasuna, Gazteriak, Koordinaketa ...)⁷
- Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gruppen der abertzalen Linken (AB, EB, HB, HA)
- Wichtige Mobilisierungen und Arbeiten in der Gesellschaft (Wahlen, Totalverweigerung des

Kriegsdienstes, Anerkennung des Baskischen als 1. Amtssprache, baskisches Departement ...). Zu unterstreichen ist hier auch die Abnutzung, die das Autonomiestatut als Rahmen erfuhr. Eine der neuen Entwicklungen war die Zusammenarbeit von LAB⁸ und ELA, um das Kräfteverhältnis zu verändern. So unterstützte und stärkte ELA beispielsweise 1997 durch ihre Erklärung, dass das "Statut gestorben ist", die von der abertzalen Linken vertretene Linie.

Das will keineswegs heißen, dass der Weg leicht gewesen wäre. Auch die Staaten schärfen ihr Kriegsbeil, allen voran der spanische Staat. Als Antwort auf die gesellschaftliche Verankerung der Demokratischen Alternative ging die spanische Regierung 1997/98 gegen den Vorstand, die Mesa Nacional, von Herri Batasuna vor. Damals erkannte die abertzale Linke die Tragweite dieses repressiven Schrittes (als erstes Kapitel des später erfolgten Verbots) nicht. Dies war viel mehr als ein temporärer Schritt, es war der Anfang einer sich abzeichnenden Dynamik der Repression mit dem Ziel, die Strategie der abertzalen Linken zum Scheitern zu bringen. Auf die politisch-militärische Strategie der nationalen Befreiung, die den bewaffneten Kampf, den Massenkampf und den institutionellen Kampf miteinander verband, antworteten die Gegner nicht mehr im üblichen Schema (mit dem bewaffneten Kampf Schluss zu machen und die übrigen Formen des Kampfes der Legalität einzuordnen). Ihre Antwort war diesmal die Blockade des Massenkampfes und des Kampfes in den Institutionen. Nach einer solchen Blockade gäbe es keine politisch-militärische Strategie mehr, nicht etwa, weil der bewaffnete Kampf aufgehört hätte, sondern weil das politische Feld neutralisiert worden wäre.

1.2 Die Initiative von 1998 und das Abkommen von Lizarra-Garazi

Der nach der Initiative von ETA und dem Abkommen von Lizarra-Garazi⁹ eröffnete politische Zyklus stellte einen Wendepunkt auf dem Weg dar, den man vier Jahre zuvor beschritten hatte. Die bekannten positiven Folgen sind:

- Das Potential der abertzalen Linken war deutlich sichtbar.
- Die Konfrontation zwischen Euskal Herria und den Staaten trat deutlich zu tage.
- In der Gesellschaft verfestigte sich die Ansicht, dass Euskal Herria seinen eigenen Weg gehen

⁷ Abertzale Batasuna (Abertzale Union), Gazteriak (Jugendorganisation), Koordinaketa (Anti-Repressionsorganisation): Organisationen im nördlichen Baskenland

⁸ LAB (Langile Abertzalen Batzordeak, Abertzale Arbeitervereinigungen): linke baskische Gewerkschaft, der abertzalen Linken nahe stehend; ELA (Eusko Langile Alkartasuna, baskische Arbeitersolidarität): früher der christdemokratischen PNV nahe stehende Gewerkschaft

⁹ In Lizarra unterzeichneten baskische Organisationen, die gemeinsam die politische, gewerkschaftliche und soziale Mehrheit im südlichen Baskenland repräsentierten, im Jahr 1998 ein Abkommen, um gemeinsam am nationalen Aufbau und für eine friedliche Lösung des Konflikts im Baskenland zu arbeiten. Die ETA erklärte daraufhin zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen unbefristeten Waffenstillstand, der 14 Monate andauerte. In einem zweiten Treffen in Garazi schlossen sich auch Organisationen des nördlichen Baskenlandes an.

müsse.

- Die Untauglichkeit des politischen Rahmens wurde unübersehbar.
- Die Grundlagen des Konflikts und die zu lösenden gordischen Knoten wurden geklärt.
- Die bisher größte Unterstützung für eine demokratische Lösung wurde erreicht (für den Pakt von Lizarra-Garazi).
- Es gibt eine wachsende Notwendigkeit für einen politischen Wandel.
- Wichtige Schritte für den nationalen Aufbau und nationale Strukturen (Udalbiltza) wurden in die Wege geleitet und natürlich war es möglich, die Karte von Euskal Herria über die bestehende territoriale und politische Teilung hinweg zu zeichnen, so wie man es niemals zuvor getan hatte.

Aber es gab auch Probleme. Einerseits bestand nicht genügend Einigkeit bezüglich des Charakters der nächsten Initiativen - nicht einmal innerhalb der abertzalen Linken. Ob es ein "Friedensprozess" oder ein "Aufbauprozess" sein sollte ... Wie dem auch sei, das größte Problem war das Verhalten der PNV¹⁰ (die mitmachen musste), die wieder einmal, aus Angst vor dem, was sich ergeben könnte, die abgestimmte Richtung nicht einschlagen wollte. Die PNV sah ihre Vormachtstellung in Gefahr. Wir sollten nicht die vielen Stimmen¹¹ vergessen, die die abertzale Linke bei den Regionalwahlen 1998 erhalten hatte. Die PNV-Mitglieder haben das nicht vergessen.

Trotz allem machten wir es nicht zur Priorität, der PNV ihre Vormachtstellung streitig zu machen und den Prozess in eine andere Richtung zu lenken. Schließlich stellte Lizarra-Garazi eine Wegscheide im Befreiungsprozess dar. Mit einer solchen Entscheidung hätten wir eine Phase der Veränderung des Kräfteverhältnisses ermöglicht, auch wenn das bedeutet hätte, den Zyklus des bewaffneten Kampfes zu überwinden.

Stattdessen hatte das mit EA¹² und PNV geschlossene Abkommen ein anderes Ziel: gemeinsame Schritte der Akteure, die für Euskal Herria eintreten, in Richtung Souveränität zu unternehmen, um den aufgezwungenen rechtlichen Rahmen zu überwinden und den Staaten und ihrer Ablehnung unserer Forderungen vereint entgegenzutreten. Gleichzeitig legte das Abkommen von Lizarra-Garazi die Grundlagen für die Überwindung des Konflikts, obwohl die Gesellschaft es vielfach als

eine abertzale Front deutete.

Um im Souveränitätsprozess voranzukommen, schlugen wir PNV und EA im Sommer 1999 die Möglichkeit eines neuen Abkommens vor. Das Abkommen wurde nie verwirklicht (sie warfen uns vor, wir würden zu schnell vorankommen wollen und wir ihnen, sie wollten sich nicht in die notwendige Richtung bewegen). Und als die Situation sich verschlechterte, beendete ETA ihre Waffenruhe.

Die Rechnung für den Misserfolg bezahlten wir - und das nicht zu knapp - während die PNV die Chance nutzte, sich als Mitte darzustellen (der PNV-Vorsitzende Xabier Arzalluz sagte, man befinde sich "wie Jesus Christus zwischen zwei Dieben" und meinte damit die PP auf einer Seite und die abertzale Linke auf der anderen). Die Realität war folgende: nachdem das Abkommen zwischen ETA und der PNV sowie der EA zu nichts geführt hatte, konnte die abertzale Linke das Autonomiestatut auch nicht beerdigen und Einfluss auf das künftige Verhalten der PNV (wir sagten, sie befänden sich an einer Wegscheide) nehmen. Das konnte man 2001 bei den Regionalwahlen in der Autonomen Baskischen Gemeinschaft (CAV) beobachten.¹³

Wir haben bisher zwei Aspekte nicht erwähnt, die die Rolle des bewaffneten Kampfes in jener Zeit beleuchten: der erste bezieht sich auf den Beginn und die Bedeutung der Waffenruhe; der zweite auf ihr Ende. Tatsächlich hatte es eine tiefgehende Bedeutung, eine unbeschränkte Waffenruhe dieser Art durchzuführen, wenn wir die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung berücksichtigen. Bis dahin hatte unsere gesellschaftliche Basis irgendwie das folgende Axiom verinnerlicht: der bewaffnete Kampf würde solange andauern, bis einige minimale Rechte anerkannt würden. Obwohl die Möglichkeit einer Waffenruhe mit dem Ziel, abertzale Kräfte zu sammeln, bereits in Xiberta auf dem Tisch lag, so geschah dies vor langer Zeit und war nicht im Gedächtnis der folgenden Generationen verankert. Somit relativierte die Tatsache, eine Waffenruhe verkündet zu haben, in den Augen der Gesellschaft irgendwie den bewaffneten Kampf. Er war plötzlich eine Option, aber kein unverzichtbares Muss.

Der zweite Faktor kam mit dem Ende der Waffenruhe zum Tragen: ETA führte bedeutende bewaffnete Aktionen durch, die einen großen Schock erzeugten, aber keine, oder zumindest nicht die nötige, politische Ergänzung erfuhren. Der sozialen Basis der abertzalen Linken war die strategische Richtung unverständlich.

¹⁰ PNV/EAJ (Partido Nacionalista Vasco): älteste und stärkste baskische Partei (bürgerlich, katholisch) mit einer starken Verankerung in Bizkaia. Bis März 2009 stellte die PNV die Regierung in der Autonomen Region Baskenland (CAV). Lehendakari (Regierungschef) war Juan José Ibarretxe.

¹¹ Bei den Regionalwahlen der CAV im Jahr 1998 erhielt das abertzale linke Bündnis Euskal Herritarrok (EH, "Wir, die baskischen Bürgerinnen und Bürger") über 220.000 Stimmen. Das entspricht 17,9%. In Nafarroa (span.: Navarra) erzielte EH mit 15,6% ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis.

¹² EA (Eusko Alkartasuna, Baskische Solidarität): Abspaltung der PNV, sozialdemokratisch orientiert, für das Selbstbestimmungsrecht der Basken.

¹³ Bei den Wahlen der CAV verlor die abertzale Linke gegenüber 1998 über 30% der Stimmen und kam auf 10,1%.

1.3. Mobilisierung gegen das Verbot und Vorstellung des Vorschlags von Anoeta

Vor diesem Hintergrund florierte die Krise. Die abertzale Linke antwortete gut. Sie hielt durch und nutzte die Möglichkeiten der Nach-Lizorra-Garazi-Phase, während sich die Krise des durch die spanische Verfassung aufgezwungen juristisch-politischen Rahmens verschärfte. Gleichzeitig verankerten wir die Forderung nach nationaler Anerkennung und nach Veränderungen in der Bevölkerung. Das alles wirkte sich auf die Debatte über das territoriale Modell des spanischen Staates aus und die Debatte übertrug sich auf weitere Territorien. Katalonien ist hierfür das eindeutigste Beispiel.

Die abertzale Linke reagierte auf die Situation mit einem internen Reflexionsprozess "Hausarzt (Nachdenken)", mit dem sie die politische Initiative für die Zukunft vorbereitete. Damals sahen bereits viele voraus, dass der nächste Prozess, wie immer er auch sein würde, ein anderer wäre. Und einige kamen zu der Schlussfolgerung, dass wir eine Anpassung der Demokratischen Alternative vorzunehmen sollten (was später zu dem Vorschlag "Orain Herria-Orain Bakea (Jetzt das Volk, jetzt der Frieden)" führen würde.) In dieser Lage schufen wir das Forum Nationale Debatte und begannen neue Schritte für neue Verhandlungen.

Die Situation war alles andere als komfortabel. Im Glauben sie könnte mit der Unabhängigkeitsbewegung Schluss machen, verstärkte die PP ihre juristische und polizeiliche Strategie, um die abertzale Linke in die Ecke zu treiben. Ekin, Zumalabe, Jarrai-Haika-Segi, Askatasuna, Udalbiltza, Egunkaria...¹⁴ Die Repression setzte auf psychologische Schläge. Intention war, die Zuversicht und die Möglichkeit, sich zu organisieren, längerfristig zu unterminieren. In einem nächsten Schritt machte sie sich die weit verbreitete Beschneidung der Bürgerrechte aufgrund der Ereignisse des 11. Septembers zunutze und setzte ihr Hauptziel um: das Verbot von Herri Batasuna/Euskal Herriarrok/Batasuna¹⁵. Auf diese Weise erreichte die PP den Ausschluss der abertzalen Linken von den Wahlen und aus den Institutionen. In dieser Situation aktivierte der Batasuna-Prozess nicht all die Kräfte, die er hätte aktivieren sollen (es gab Abspaltungen von Aralar und AB). Das Schlechteste war auf jeden Fall die Tatsache, dass wir aus diesem Prozess nicht gestärkt hervor gingen.

Trotz der starken Repression fielen wir nicht in die Falle des Untergrunds; wir verloren nicht unsere Richtung. Wir stärkten den inneren Zusammenhalt

und danach verstärkten wir die politischen Initiativen. Die Wahlen in 2003 demonstrierten, dass die abertzale Linke dem Angriff standgehalten hatte.

Die islamistischen Attacken vom 11. März 2004 in Madrid markierten den Absturz der PP. Ihre Obsession, die abertzale Linke zu ausschalten, führte sie selbst ins Verderben. So gewann die Sozialistische Spanische Arbeiterpartei (PSOE) überraschend die spanischen Parlamentswahlen. Die neue Lage ermöglichte es, den Beginn eines demokratischen Prozesses zu beschleunigen, natürlich dank der bisher geleisteten Arbeit. Die Faktoren, die dazu beigetragen haben, sind bekannt, ebenso wie die wichtigsten Ereignisse jener Jahre:

- die Zusammenführung von Kräften innerhalb des Forums Nationale Debatte
- die Tatsache, dass wir allen Versuchen trotzten, die abertzale Linke zu vernichten
- der Vorschlag von Anoeta
- die Erklärung von ETA zur Unterstützung der Konfliktlösung
- der Beginn von Beziehungen zur PSOE und zur spanischen Regierung
- die Einbindung internationaler Akteure
- die angemessene Antwort auf den Plan Ibarretxe (seitdem hat die PNV keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen)
- die guten Resultate von EHAK bei den Wahlen
- die wichtigen Schritte, die im nördlichen Baskenland zur Überwindung des Schadens, den die Spaltung von AB angerichtet hatte, als auch zur Beschleunigung der politischen Dynamik unternommen wurden.
- das zwischen ETA und der spanischen Regierung geschlossene Abkommen ...

Das alles führte dazu, dass ETA im März 2006 einen dauerhaften Waffenstillstand verkündete, und damit ihren Teil des Abkommens erfüllte.

1.4 2005-2007 Versuch der Verhandlung und die Zeit danach

Wir wissen, dass nicht alle Faktoren in dieser Zeit positiv waren und viele sahen schon voraus, was später geschehen würde. Tatsache war, dass der

¹⁴ Soziale und politische baskische Organisationen, Egunkaria war als erste rein baskischsprachige Zeitung im Jahr 1990 gegründet worden.

¹⁵ Herri Batasuna (HB, Volksunion): 1977 gegründete Partei der abertzalen Linken, ging 2001 in Batasuna (Einheit) über. In 2003 wurde Batasuna und mit ihr rückwirkend HB und die Wahlliste Euskal Herriarrok in Spanien verboten. Hierzu war extra das Parteiengesetz entsprechend geändert worden.

spanische Staat exakt zu diesem Zeitpunkt eine "de facto" lebenslange Strafe einzuführte und dass die Gefängnispolitik zum Tod von zwei weiteren Häftlingen führte. Auch können wir nicht vergessen, dass das Sondergericht für Terror- und Drogendelikte, die spanische Audiencia Nacional, ihre Anstrengungen verstärkte, um der abertzalen Linken just in dem Moment jeglichen Handlungsspielraum zu nehmen, als man dabei war, die Initiative des Waffenstillstands öffentlich bekannt zu machen.

Aber es gab einen weiteren Faktor, der mehr Besorgnis hätte erregen müssen: der innere Zusammenhalt der abertzalen Linken war am Anfang nicht ausreichend. Es gab unterschiedliche Standpunkte, selbst zu der Bedeutung des Prozesses. Für einige kam die Initiative des Waffenstillstands zu früh. Ohne Absprache des Wegs, dem die politischen Akteure folgen sollten, um ein politisches Abkommen zu erreichen, ließ man die Konkretisierung des Prozesses in der Schwebelage und damit in der Hand des Feindes. Und als ob das noch nicht genug wäre, wuchs das Misstrauen vom ersten Moment an, weil die Regierung die Absprachen nicht einhielt. Für andere sollte der Waffenstillstand endgültig sein und den Prozess unterstützen, um damit Blockadesituationen zu vermeiden. Nach dieser Ansicht sollte der Prozess nicht auf ETA und auf der faktischen Führungsrolle des bewaffneten Kampfes beruhen, sondern auf dem Protagonismus der Gesellschaft und der Führung durch Batasuna. Wir müssen trotzdem feststellen, dass diejenigen, die diese Ansicht vertreten haben, nicht die nötigen Schritte unternahmen, um die Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren. Wie dem auch sei, Vertreter dieses zweiten Standpunkts verstanden die Phasen und Kompromisse der Verhandlung als einen mechanischen Ablauf. Fortschritt und generelle Resultate des Prozesses wurden nicht richtig gemessen.

Daher zeigte sich der fehlende Zusammenhalt in diesen drei Feldern:

- in der Konkretisierung der Phase des Befreiungsprozesses
- in der Charakterisierung des Verhandlungsprozesses
- im Verständnis der Rolle des bewaffneten Kampfes.

Nach der Abwehr der staatlichen Assimilierungsversuche und der Eröffnung eines Verhandlungsprozesses hätte die Situation möglicherweise eine strategische Analyse erfordert. Das haben wir nicht gemacht. Als Konsequenz gab es

widersprüchliche Interpretationen, die den Prozess weiter destabilisierten.

Trotz aller Probleme und Widersprüche unternahmen wir große Anstrengungen, um die Kriterien zu vereinheitlichen. Damit bekamen die politischen Elemente des Prozesses Priorität. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen, war die politische Lösung des Konflikts jederzeit auf den (Verhandlungs-)Tischen. Das ist unsere bedeutendste Errungenschaft: es wurden nicht nur die Schlüsselpunkte des Konflikts benannt (das war schon im Prozess von Lizarra-Garazi geschehen), sondern der neue Prozess brachte die übrigen Akteure zu einer präzisen Formulierung bezüglich einer demokratischen Lösung, sowohl in Loiola¹⁶ als auch beim letzten Versuch im Mai 2007. Wir brachten einen großen Teil des Weges hinter uns, aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass wir in der letzten Phase nicht genügend gesellschaftliche Unterstützung für unsere Arbeit mobilisierten. Zum Beispiel beachteten wir nicht einmal die Kräfte, die sich um das "Demokratische Basisabkommen" sammelten, das das Forum Nationale Debatte propagierte.

Trotz der großen Fortschritte, die wir gemacht haben, wollte die PSOE leider den Schritt nicht wagen; unter anderem, weil die demokratische Kultur fehlt (der spanische Staat hat dieses strukturelle Problem) und weil wir nicht die nötigen Kräfte gesammelt hatten, um die PSOE unter Druck zu setzen. Für sie stand an erster Stelle der "technische" Aspekt des Prozesses (mit ETA Schluss machen), was aus ihrer Sicht auch logisch ist. Es stellt sich die Frage, welche Teile des 2005 mit ETA geschlossenen Abkommens andeuteten, dass sie den demokratischen Rahmen zur Erreichung ihrer Ziele nicht akzeptieren würden.

Wenn man die wichtigsten Erfolge aufzählen wollte, dann wären das die Folgenden:

- **Der politische Charakter des Prozesses.** Dies war der Haupterfolg und die Grundlage des Abkommens zwischen ETA und der Regierung. Dies war auch die Natur der folgenden Gespräche (Loiola und der Versuch im Mai). Wie bereits gesagt, der politische Inhalt des Konflikts war identifiziert und die Lösung konkretisiert. Dies geschah auch öffentlich mittels der Veranstaltung, die im Anaitasuna-Stadion¹⁷ stattfand. Dies verstärkte die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung und eines politischen Auswegs aus dem Konflikt.
- **Der Kampf von Euskal Herria wurde internationalisiert.** Das könnte ein Aktivposten für die Zukunft sein. Aber es ist möglich, dass wir uns nicht alle an seiner Konsequenzen bewusst sind.

¹⁶ Im Herbst 2006 fanden in Loiola Verhandlungen zwischen PSOE, PNV und Batasuna statt.

¹⁷ Auf einer Großveranstaltung im Anaitasuna-Stadion in Iruñea (span.: Pamplona) warb Arnaldo Otegi für den Vorschlag Batasunas zur friedlichen, demokratischen Lösung des Konflikts

Das Niveau der Internationalisierung erreicht zu haben, verursacht eine Folge von Verpflichtungen. Ob wir es für gut oder schlecht halten, alles was wir unternehmen hat Auswirkungen im internationalen Bereich. Und das Fehlen einer Richtung seit dem Zusammenbruch des Waffenstillstands hat es uns nicht erlaubt, die Legitimation und die gewonnenen Räume angemessen zu pflegen.

- Die Verantwortung dafür, dass der Prozess nicht gut endete, wurde während der ersten Monate in erster Linie bei der Regierung gesehen, obwohl sich dies mit der Zeit änderte. Es reicht, sich hierzu die Ergebnisse der PSN und PSE¹⁸ bei den letzten Wahlen anzusehen, um festzustellen, dass die baskische Gesellschaft sie nicht für das Ende des Waffenstillstandes verantwortlich macht, sondern sie eher für ihr Verhandlungengagement belohnt.
- Die Verantwortung der PNV wurde deutlich, als sie sich auf die Seite der spanischen Regierung schlug. In der Folge zeigte der gescheiterte Versuch von Ibarretxe (eine Volksbefragung mit einigen Inhalten des Prozesses vorzuschlagen) deutlich ihr korruptes Verhalten.

Was das Ende des Waffenstillstands betrifft, ist in vielen Köpfen die Vorstellung haften geblieben, dass man es vielleicht genauso eilig hatte, ihn zu beenden, wie man ihn verkündet hatte. Wir erinnern daran, dass es die politische Offensive war, die Priorität hatte. Letztendlich kam es auch zu verschiedenen Ansichten über die Art, wie der Prozess zu verstehen sei, sowie über das Verhandlungsmodell und seine Garantien. Für die einen war der bewaffnete Kampf die größte Garantie; für die anderen hingegen ist die einzige Kraft, auf die wir in Zukunft vertrauen sollten, die Mobilisierung des Volkes und die Einheit der Kräfte. Wenn man das Scheitern des Prozesses analysiert, muss man sicher unseren fehlenden Zusammenhalt besonders berücksichtigen.

Nach dem Scheitern des Prozesses versuchte die abertzale Linke weiterhin, auf den im Verhandlungsverlauf festgelegten Prinzipien zu bestehen (als Aufgabe setzte man sich die öffentliche Verbreitung des Anaitasuna-Vorschlags und der Verhandlungen von Loiola). Damit versuchten wir, den neuen Zyklus der Auseinandersetzung in die Logik des Prozesses einzuordnen. Andererseits zeigten die Exzesse des Staates (seine Geschwindigkeit, mit der er - bevor jemand sich das überhaupt vorstellen konnte - versuchte, die abertzale Linke zu liquidieren) vor der baskischen Gesellschaft ganz klar seinen fehlenden

Verhandlungswillen. Deswegen errang die abertzale Linke gute Resultate bei den spanischen Parlamentswahlen¹⁹ im März 2008 - ihre Wählerschaft nahm den Aufruf zur Enthaltung positiv an - und im nördlichen Baskenland brach Euskal Herria Bai²⁰ bei den Kommunal- und Kantonalwahlen alle bisherigen Rekorde. Hinzu kamen als weitere Antwort ein erfolgreicher Streik- und Mobilisierungstag.

Trotz allem würden wir uns selbst täuschen, wenn wir nicht der Tatsache ins Auge blickten, dass nach dem Ende des Waffenstillstands unsere strukturellen Probleme sichtbar wurden. Der neue Zyklus der Unterdrückung hat zusätzlich zu den Schwierigkeiten, sich der neuen Situation anzupassen, und zu den Konsequenzen der Repression gegen unsere Führungsstruktur, alle strukturellen Probleme der abertzalen Linken offen gelegt. Bei der Klärung der politischen Phase hatten wir dieselben alten Probleme. Es fehlte Zusammenhalt und Klarheit und wie üblich verschlimmerten sich unsere Probleme, sobald es darum ging, Entscheidungen zu treffen. Es brachte uns sogar zum Stillstand.

Mit der Überzeugung, es gäbe keine Bedingungen für politischen Wandel, machte sich die Idee breit, die abertzale Linke sei zu einer langen Phase der Konfrontation verdammt. In gewisser Weise konnte man den demokratischen Prozess nicht wiederbeleben oder neu aufbauen und verfiel in genau dasselbe Schema wie nach den Verhandlungen von Algier.

Anscheinend waren wir uns nicht bewusst, warum und weshalb wir den demokratischen Prozess begonnen hatten. Wir waren uns nicht bewusst, dass es nicht allein darum ging, weiter zu machen und so die Grundlagen für eine andere Periode zu legen. Wir haben nicht ausreichend verinnerlicht, dass wir uns in dem Zeitabschnitt befinden, in dem wir die politischen Veränderungen konkretisieren müssen. Das verlangt von uns gewisse Änderungen unserer Denkweise.

In den vergangenen Monaten haben wir hart daran gearbeitet, das Problem der fehlenden Richtung anzugehen. Wir haben eine Debatte geführt - auch wenn sie weder den nötigen Tiefgang noch die nötige Breite hat. Und wir haben gut auf die aktuelle Situation reagiert. Wir haben einige der Elemente unserer Aufbau-Strategie wirksam angewendet. In diesem Sinne waren die Aktivitäten um den Aberri Eguna²¹, den Generalstreik²² und um die Wahlen - besonders die EU-Wahl - sehr wich-

¹⁸ PSN (Partido Socialista de Navarra), PSE (Partido Socialista de Euskadi): Landesverbände der PSOE in Nafarroa, bzw. in der CAV.

¹⁹ Mehr als 180.000 Wählerinnen und Wähler gaben ungültige Stimmzettel ab und protestierten damit gegen die Verbote aller Parteien der abertzalen Linken

²⁰ Euskal Herria Bai (Ja zum Baskenland) ist eine Koalition aus Abertzaleen Batasuna (AB), Eusko Alkartasuna (EA) und Batasuna im nördlichen Baskenland. Bei den Kantonalwahlen 2008 erhielt sie 13,75% der Stimmen.

²¹ Baskisch "Tag des Vaterlandes", Nationalfeiertag am Ostersonntag

²² Zum Generalstreik im Mai 2009 hatten die baskischen Gewerkschaften aufgerufen, denen mehr als 2/3 aller gewerkschaftlich Organisierten im Baskenland angehören. Die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT trugen den Ausstand nicht mit.

tig. Wir haben gesehen, dass es möglich ist, diesen Weg zu gehen. Wir würden uns jedoch irren, wenn wir dächten, dass die Aktionen, die die Neuausrichtung des politischen Kurses ermöglichen, jeglicher politischen Strategie nutzen. In diesem Sinne muss klar sein, was das politische Ziel ist - einen demokratischen Prozess zu artikulieren und ihn bis seinem zu Ende zu führen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen müssen, dass es ihn gibt, weil die neuen Möglichkeiten und Bedingungen nicht von alle kommen.

Als Schlussfolgerung lässt sich sagen, es wäre es ein Fehler, die Arbeit der vergangenen Jahren zu vergessen, oder Bezüge auszuklammern, die unausweichlich sein sollten. Wir leben in Zeiten harter Auseinandersetzungen, aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir uns auch in der Phase befinden, in der wir die politischen Veränderungen durchführen und einen demokratischen Rahmen erreichen müssen. Die notwendigen Voraussetzungen für die taktische und strategische Zusammenführung von Kräften existieren, um zunächst einen demokratischen Rahmen zu erreichen und danach einen baskischen Staat. Es bestehen die nötigen Voraussetzungen, um einen entscheidenden Schritt im Befreiungsprozess zu machen und einen neuen Zyklus zu eröffnen, auch wenn das die Notwendigkeit beinhaltet, die politischen und organisatorischen Instrumente anzupassen.

Damit ist der nationale Befreiungskampf in die Phase der Konkretisierung eingetreten und es wäre eine enorme Verantwortungslosigkeit, dieser Phase nicht angemessen zu begegnen.

2. HAUPTMERKMALE DER AKTUELLEN LAGE

2.1. DIE WELT

Seit den 80er Jahren führt der Kapitalismus seinen Angriff gegen den „Wohlfahrts-Staat“ und als Folge dessen werden immer mehr der Rechte abgebaut, die zuvor erkämpft worden waren. Im Kampf für die Verteidigung der Mindeststandards (im öffentlichen Bereich, in der Erziehung, minimale Arbeitsbedingungen ...) werden verschiedene Bevölkerungsgruppen gemeinsam mit der Arbeiterschaft dem Neoliberalismus entgegentreten. Wenn man eine Strategie der nationalen Befreiung entwickeln will, ist es sehr wichtig, dies wahrzunehmen, in Zeiten der derzeitigen schlimmen Wirtschaftskrise mehr denn je. Denn der Zusammenbruch der neoliberalen Globalisierung hat auf der ganzen Welt die Folgen eines auf Spekulation gegründeten Wirtschaftsmodells aufgezeigt.

Als Lehre aus dem letzten Generalstreik im

Baskenland und aus Aktionen in anderen Ländern muss die abertzale Linke soziale und politische Veränderung miteinander verbinden.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass wir uns auf dem Weg in eine neue Weltordnung befinden. Diese neue Ordnung wird nicht, wie viele es gedacht haben, auf der Herrschaft des allmächtigen nordamerikanischen Imperiums beruhen. Im Gegenteil, es wird komplexer sein (vielfältiger, wie einige es nennen), wie es die Entstehung unterschiedlicher regionaler Mächte und die Konkurrenz zwischen ihnen beweist. Als Beispiel dafür sehen wir Brasilien, Russland, Indien und China (die so genannten BRIC), ebenso ALBA, UNASUR, ASEAN, die Gemeinschaft der Länder des südlichen Afrika. Alles in allem ist noch nicht klar, wie die neue Weltordnung aussehen wird, die sich aus der derzeitigen Krise entwickelt.

Die bewaffnete Vorgehensweise des Imperialismus hat sich verändert; auch wenn noch nicht zu sehen ist, welche Folgen die Ereignisse in Honduras haben werden und die Tatsache, dass Kolumbien seine militärischen Stützpunkte in den Dienst der Vereinigten Staaten gestellt hat. Auch wenn der Putsch eine andere Lesart haben kann, hat der Imperialismus in den letzten Jahren nicht diese Methoden eingesetzt, um den Erfolg der fortschrittlichen Kräfte zu stoppen. Jedenfalls nicht mehr als in früheren Epochen. Stattdessen benutzen sie andere Methoden: ökonomische Erpressung, Anzetteln von Streiks, um politisch zu destabilisieren... Militärische Aktionen wurden hauptsächlich in den Ländern durchgeführt, die Rohstoffe und natürliche Ressourcen als strategische Mittel haben (im Nahen Osten, in der Achse Iran-Afghanistan-Pakistan, in der Mitte Afrikas ...). In dieser Situation konnten hauptsächlich in Südamerika (Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, El Salvador) fortschrittliche Kräfte Machtzentren einnehmen. Heutzutage dienen diejenigen Strategien, die auf dem Zusammenschluss heterogener Kräfte verschiedener Klassen und auf dem Zustandekommen sozialer Mehrheiten basieren, als Vorbild. Dabei gibt es Ausnahmen, die FARC in Kolumbien ist hierfür ein Beispiel. In der gleichen Form geht der so genannte Sozialismus des XXI. Jahrhunderts nicht von der Abschaffung der Klassen per Dekret aus, sobald die politische Macht erreicht ist, sondern von dem Entwurf und der Entwicklung eines tief gehenden Prozesses, der sich diesem Ziel Stück für Stück nähert und mit Hilfe einer strukturellen Veränderung des Systems erreicht wird.

Die Aktivität des extremen Islamismus ist ohne Zweifel eine weitere wichtige Veränderung. Die Staaten nutzen die Reaktion auf diese Aktionen, um alle Kämpfe zu delegitimieren. Der ideologische Kampf hat eine enorme Bedeutung. In den Händen der Medien kann er in der Gesellschaft Wirkung zeigen. Die Staaten haben diese

Gelegenheit genutzt, die Freiheit und die demokratischen Rechte zu beschneiden. Der spanische und der französische Staat sind hierfür ein gutes Beispiel. Das Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte in Strasbourg zu Batasuna ist ein Beweis, wie verbreitet der von Bush begonnene "präventive Krieg gegen den Terror" überall auf der Welt ist und wie er die Freiheit im Namen der angeblichen Verteidigung der Sicherheit tötet.

In Europa kann man einen deutlichen Ruck nach Rechts feststellen: Sicherheit, Abbau der sozialen Rechte und der sozialen Errungenschaften, eine Politik gegen MigrantInnen, militärische Interventionen... Als wenn das nicht genug wäre, hat sich in der letzten Zeit drastisch gezeigt, dass es kein alternatives sozialdemokratisches Projekt gibt. Und nicht nur das: in Italien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Portugal zeigt sich die Krise der Sozialdemokratie. Währenddessen hat die klassische Linke nicht die Fähigkeit, eine wahre Alternative zu den herrschenden Verhältnissen anzubieten. Immerhin geben die Ergebnisse der Partei Die Linke in Deutschland, von PCP und Bloko in Portugal und den Kommunistischen Parteien in Griechenland und Tschechien einen Grund zur Hoffnung.

Innerhalb Europas gab es Gründungen neuer Staaten und Veränderungen der Grenzen: Gründung neuer Staaten (nach dem Verfall des Sowjetblocks); Veränderung der Grenzen innerhalb Europas (Beispiele sind Kosovo und Montenegro, auch wenn sie uns Unterschiedliches lehren); Vorschläge zur Unabhängigkeit, die für absolut legitim gehalten werden, vermehren sich (Flandern, Schottland...). Als letztes Beispiel nehmen wir Grönland. Außerhalb Europas ist Quebec als Referenz zu benennen. Beide Beispiele sind wichtig, wenn man eine Strategie für die nationale Befreiung entwickelt.

In der letzten Zeit, seit Barack Obama Präsident der Vereinigten Staaten ist, wurden aus unterschiedlichen Gründen (manchmal aus rein geostategischen Interessen, manchmal mit dem Willen, der Welt ein neues Bild zu geben), die Anstrengungen verstärkt, um für einige politische Konflikte eine Verhandlungslösung zu finden.

Es ist einiges in Bewegung geraten: im Fall von Kurdistan durch das Angebot der kurdischen Partei PKK, durch Entscheidungen, die in Österreich zur Saharaischen Republik getroffen worden sind, die Bemühungen des Senators George Mitchell in Palästina, die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Neuen Volksarmee und der Regierung auf den Philippinen, die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen dieser Regierung und der Frente Moroa auf der Insel Mindanao und die Bemühungen in Kolumbien.

2.2. DIE STAATEN

2.2.1. DER FRANZÖSISCHE STAAT

Der französische Staat befindet sich in einem Prozess, das Modell der inneren Organisation seines politisch-institutionellen Bereichs zu reformieren, um die veralteten Strukturen zu modernisieren. Dagegen bleibt die Anerkennung der unterdrückten Völker als Nation offen.

Währenddessen werden die Forderungen nach nationaler Anerkennung sowohl im Baskenland als auch bei anderen unterdrückten Völkern lauter. Man kann voraussehen, dass sie sich verstärken und zur Ursache eines Problems werden können. In Martinique und in Neu-Kaledonien sind die Konflikte zum Beispiel bereits wieder aufgeflammt. Darüber hinaus muss daran erinnert werden, dass nach dem Autonomie-Abkommen zwischen Paris und Neu-Kaledonien die Kanaken ab 2014 das Recht auf Selbstbestimmung besitzen. Dieses Beispiel wird zweifelsohne auch zur Forderung nach nationaler Anerkennung anderer unterdrückter Völker führen. Inzwischen machen die Unabhängigkeitskräfte auf Korsika wichtige Schritte, um das "Abkommen von Martignon" zu erneuern und um Einheit zu erreichen. Und im Baskenland werden Unabhängigkeitsbewegungen wie die abertzale Linke stärker.

Allerdings reagiert die französische Regierung auf Forderungen nach nationaler Anerkennung im Baskenland ablehnend und antwortet auf Forderungen nach Autonomie und nach Anerkennung als Nation mit Repression und mit dem Versuch der Assimilierung.

Obwohl es zu Beginn der Wirtschaftskrise soziale Proteste - einen Generalstreik - gegeben hat, scheint die Regierung von Sarkozy die Situation im sozioökonomischen Bereich wieder im Griff zu haben. Bis zum heutigen Tag haben die PSF und weitere Linksparteien - einschließlich der NPA - ihre Chance nicht zu nutzen gewusst, sich selbst als "Alternative" einzubringen und die politische Situation zu ändern. Als ob das nicht genug wäre, sind innerhalb der PSF interne Konflikte und Spaltungen das Hauptthema. Andererseits bleibt das politische Spektrum, das sich links der PSF zu Wort meldet, weiterhin sehr zerstreut. Die aus der alternativen Linken entstandene NPA, die große Erwartungen geweckt hatte, erzielte in der Europa-Wahl ein schwaches Ergebnis. Wie auch immer, die Wirtschaftskrise bleibt ein Element, das den Staat destabilisieren kann, auch wenn sich die "Erholung" schon leicht bemerkbar macht.

2.2.2. DER SPANISCHE STAAT

Das Modell der inneren Organisation des Staates bleibt weiterhin eine Ursache der Probleme. Auch

wenn das Hauptthema dieser Diskussion der Konflikt im Baskenland ist, ist es das ganze Modell, das prinzipielle Zweifel weckt und eine politische Auseinandersetzung zwischen den zentralen politischen Kräften verursacht:

- Das katalanische "Statut"²³ liegt immer noch beim Verfassungsgericht, mit dem Ziel, mögliche Reaktionen und Folgen vorzusehen, sie abzuschwächen und sie zu regulieren.
- Das Modell der Finanzierung der autonomen Gebiete hat zu Auseinandersetzungen geführt, den politischen Streit zwischen den Regionen vergrößert und vor allem die Diskussion um das Modell der inneren Organisation des Staates verstärkt.
- Auch die ökonomische Krise hat diese Diskussion verstärkt, da sich an der Frage der Verteilung der öffentlichen Gelder die Spannungen zwischen der Regierung aus Madrid und der "Peripherie" vergrößert haben.

Das Modell der Autonomien²⁴, das vor 30 Jahren mit dem Ziel eingeführt wurde, die nationalen Forderungen der Staaten zu unterdrücken, hat die Diskussion um das Autonomiemodell nicht beendet. Stattdessen nehmen Forderungen nach einem höheren Niveau an Autonomie und nach Souveränität zu (insbesondere im Baskenland und in Katalonien).

Im Gegensatz dazu bemühen sich bestimmte politische und mediale Sektoren (die Kirche, die ökonomischen Machtzentren, die Gruppe der Ultrarechten...) mit aller Kraft, um Unterstützung für die Zentralisierung Spaniens (Ein vereintes Spanien).

Andererseits wurde die Regierung der PSOE durch den Sieg, den die PP in der Europawahl erreicht hat, und durch die Wirtschaftskrise in Bedrängnis gebracht. Die Lage kann für die PSOE in den nächsten Monaten durch die besonderen Auswirkungen der Krise in Spanien noch schwieriger werden.

Währenddessen ist die politische und soziale Linke im spanischen Staat am Boden und weit entfernt davon, eine wirkliche Alternative zu sein. Dazu kommt noch, die Schwäche und die Richtungslosigkeit der Vereinigten Linken, die zu einer beklagenswerten Unterwürfigkeit der Gewerkschaften CCOO und UGT²⁵ gegenüber der PSOE geführt hat.

2.3. EUSKAL HERRIA - DAS BASKENLAND

Im Baskenland bestimmen die Möglichkeiten politisch-institutioneller Veränderungen die Situation, auch wenn diese Chancen im Süden und im Norden des Baskenlandes sehr unterschiedlich sind.

Im Süden des Baskenlandes sind wir noch in der Übergangphase zwischen den politischen Zyklen: ein Zyklus, der sich erschöpft hat (Autonomie) und einer, der noch nicht festgelegt ist. So gesehen besteht die Herausforderung derzeit darin, die Richtung und die Eigenschaften des neuen Zyklus zu bestimmen.

Seit den Zeiten von Lizarra- Garazi befinden wir uns in einer Auseinandersetzung, die nach dem Scheitern des letzten Verhandlungsprozesses zu einer Situation der Blockade geführt hat. Die abertzale Linke behauptet sich trotz staatlicher Repression gut, sie hat jedoch große Schwierigkeiten, das Verhalten des Staates zu lenken. Und es fällt ihr auch schwer, die Richtung und Eigenschaften des politischen Wandels zu bestimmen.

Als Grundlage dieser Blockadesituation sehen wir drei wichtige Ursachen:

- Der Glaube an die Wirkung des Autonomiestatuts ist verschwunden und der Wunsch nach politischen Veränderungen sehr stark. Nach Lizarra-Garazi ist im Baskenland die Diskussion über einen politischen Wandel neu entflammt. Tatsächlich ist die hauptsächliche Herausforderung heutzutage: die Richtung und den Inhalt eines neuen Zyklus zu bestimmen, der sich bereits ankündigt.
- Die Bewegung für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist gespalten. Die große Schwierigkeit ist im Moment, politisch und gesellschaftlich erfolgreich zu agieren. Es gibt große Schwierigkeiten, das allgemeine Kräfteverhältnis (gegenüber dem spanischen Staat) und das spezifische Kräfteverhältnis (gegenüber der PNV) zu beeinflussen.
- Die Repression gegen die abertzale Linke. Die abertzale Linke zeigt genügend Fähigkeit, der Repression der Staaten zu widerstehen. Aber wir haben ernsthafte Schwierigkeiten, eine Vereinigung der Kräfte voranzutreiben, die in der

²³ Das neue Autonomiestatut Kataloniens wurde bereits von den Parlamenten Kataloniens und Spaniens verabschiedet. Trotzdem ließ das spanische Verfassungsgericht eine Klage der konservativen Partido Popular (PP) gegen das Statut zu, unter anderem weil dort von der „katalanischen Nation“ die Rede ist. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts steht noch aus (Dezember 2009).

²⁴ Die spanische Verfassung von 1978 spricht von der unauflösbaren Einheit der spanischen Nation. Die 17 so genannten autonomen Gemeinschaften wurden gegründet, um Selbstbestimmungsforderungen der Nationen, wie z.B. der Basken oder Katalanen, durch eine limitierte regionale Eigenständigkeit aller Regionen zu untergraben.

²⁵ UGT: Sozialdemokratische Allgemeine Arbeitervereinigung; CCOO: Arbeiterkommissionen, stehen der Vereinigten Linken (IU) nahe

Lage ist, das politische Panorama zu wechseln und ein neues Kräfteverhältnis in der Beziehung zu den Staaten und zur PNV herzustellen.

Beim Übergang von dem derzeitigen überholten Zyklus und der Blockade-Situation in Richtung eines neuen Zyklus gibt es zwei mögliche Wege:

- Den heutigen Geltungsbereich einfach zu reformieren, mit Zwang Spanien als bestimmendes Subjekt durchzusetzen und die Existenz des Baskenlandes zu leugnen. Diese konstitutionalistische oder unionistische Philosophie basiert auf einer politischen Isolierung der abertzalen Linken und der Integration der PNV in das spanische Modell. Eine Haltung, die heute von der Führung der PNV geteilt wird. Letztendlich ein politisches Manöver, ähnlich dem vor 30 Jahren: so zu tun, als ob sich etwas verändert würde, um eigentlich nichts zu verändern.
- Einen demokratischen Prozess definieren, der zu einem demokratischen Szenario führen soll, in dem alle politischen Projekte erlaubt sind, und der zu einem Abkommen für eine demokratische Lösung des Konflikts führt. Diese Alternative basiert auf der abertzalen Linken und der Vereinigung derjenigen Kräfte, die Souveränität und Unabhängigkeit verteidigen. Strategie und politische Haltung von PNV und NaBai²⁶ kann dann beeinflusst werden.

Selbstverständlich arbeitet der spanischer Staat an der ersten Option. Und sie haben dafür eine klare Strategie entwickelt: einerseits die ständige Schwächung der abertzalen Linken, die der Motor der Veränderung ist; andererseits der Versuch, PNV und NaBai in ihre Politik einzubinden. Im Rahmen dieser Strategie müssen auch die Abkommen UPN²⁷-PSN und PSE-PP²⁸ gesehen werden, die die institutionelle Kontrolle des Autonomiegebiets CAV möglich machen. Das eine wie das andere sind Abkommen des Staates, die das Ziel haben, den juristischen Rahmen zu bewahren und mit der Zeit die Bedingungen für Veränderungen zu verschlechtern.

Die PNV ist weiterhin in einer schwierigen Lage. Einerseits durch die Erschöpfung des Autonomiestatuts; andererseits durch die Tatsache, dass der Konstitutionalismus sich als Verteidiger des Autonomiestatuts durchgesetzt hat. Das lässt die PNV ohne politisches Angebot; innerhalb des abertzalen Spektrums verliert sie an Glaubwürdigkeit und innerhalb des Pro-Statut-Spektrums ist die PSE eine immer größere Konkurrenz. In diesem Sinne spielt die Tatsache, dass sie in die Opposition gehen musste, eine

wichtige Rolle. Die historische Hegemonie der PNV ist angeschlagen. Das ist ein wichtiger Faktor, den man beachten muss, wenn man die politische Phase beschreibt und die Strategie der abertzalen Linken definiert. Denn diese Situation bietet die Möglichkeit der Ausbildung eines neuen Zentrums im Spektrum der nationalen Kräfte.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien EA und EB²⁹ und die Spaltungen zeigen uns, dass wir am Ende eines Zyklus sind und dass ein neuer Zyklus im Kommen ist. Zu Beginn eines neuen Zyklus besteht Bedarf nach einer Klärung der Strategie.

Insgesamt hat der juristisch-politische Rahmen im südlichen Euskal Herria schon vor langer Zeit seine Grenzen erreicht und ohne eine Reform oder Veränderung hat der Süden des Baskenlandes keine Chance auf eine stabile Entwicklung. Heutzutage will die Mehrheit der baskischen Bevölkerung ganz andere Parameter als Grundlage ihrer Zukunft: nämlich, die Anerkennung des Baskenlandes und das Recht, selbst zu entscheiden. Damit ist die Möglichkeit für eine tiefe politische Veränderung, für die Überwindung der Phase des Statuts und für die Bildung demokratischer Verhältnisse gegeben.

Unterdessen wird im nördlichen Baskenland die politisch institutionelle Diskussion als Diskussion um die Reform des französischen Staats anhand der Überlegungen der Kommission Balladur geführt.

Aber wie in dem Fall des Spanischen Staates beharrt Paris auf seinem "Status Quo", wenn es um das nördliche Baskenland geht. Deswegen besteht für uns kein Zweifel, dass die Reform Balladur uns keine Veränderung dieses Status bringen wird. Anders als im Fall des südlichen Baskenlands ist heute das Kraftverhältnis nicht ausreichend, um im nördlichen Baskenland eine echte Veränderung zu erleben.

Aber auch, wenn die Reform uns keine Veränderung des Status bringen wird, geben die Änderungen, die sie mit sich bringt, eine einmalige Gelegenheit, die Forderung nach politischer Anerkennung zu erheben. Und sie ermöglicht es, den Vorschlag der Autonomie stärker in der Bevölkerung zu verankern und in der Diskussion die Führung zu übernehmen:

- Der erwähnte Reformprozess hat mit der Ankündigung, die Departements abzuschaffen, die dortige politische Klasse beunruhigt, die sich um die Pseudo-Instrumente kümmert

²⁶ Nafarroa Bai (NaBai, baskisch für Ja zu Nafarroa) ist ein Wahlbündnis baskischer Parteien und Einzelpersonen in Nafarroa (span. Navarra).

²⁷ Unión del Pueblo Navarro (UPN, Union des navarresischen Volkes) ist eine konservative, unionistische (gegen baskische Selbstbestimmung gerichtete) Regionalpartei in Nafarroa, Schwesterpartei der PP (bis zur Trennung 2008).

²⁸ PP (Partido Popular, Volkspartei): rechtskonservative spanische Partei, der viele frühere Franco-Anhänger angehören

²⁹ EB: Ezker Batua, baskischer Landesverband der spanischen Vereinigten Linken (IU). Nach dem schlechten Abschneiden bei den Regionalwahlen in der Autonomen Baskischen Gemeinschaft 2009 spaltete sich der "abertzale" Flügel ab und gründete die "Alternatiba".

(Entwicklungsausschuss, Abgeordnetenausschuss ...). Die Zukunft solcher Ausschüsse ist in Gefahr. Und das geht soweit, dass zum ersten Mal die Vertreter dieser Institutionen einen eigenen institutionellen Rahmen mit breiten Kompetenzen innerhalb der Balladur Reform vorgeschlagen haben, damit "das Baskenland seine Zukunft selbst bestimmen kann".

- Ebenso wurde die Notwendigkeit der institutionellen Anerkennung des Baskenlandes weitergehend festgelegt, als es zurzeit in den Departements der Fall ist.
- Ein Autonomie-Kollektiv wurde geschaffen. Dieses Kollektiv, in dem mehrere Mitglieder von Batasuna, Autonomia Eraiki (Autonomie aufbauen) und EA als Individuen mitarbeiten, hat wegen der genannten Bedingungen Auftrieb. Es ist ein erstes Bild eines neuen Zusammenschlusses.
- Weiter erwähnenswert ist das Bild, das die Europa-Wahl hinterlassen hat: die abertzale Linke und andere abertzale Bewegungen gewinnen im nördlichen Baskenland weiter an Stärke.

Im südlichen Baskenland wie im nördlichen Baskenland ist die Repression das Hauptmittel, dessen sich beide Staaten zur Aufrechterhaltung des "Status Quo" bedienen. Und auf dieser Ebene erleben wir zurzeit eine heftige Offensive, in der alle Repressionsmittel, auf einem gewissen Niveau sogar der schmutzige Krieg, erlaubt sind. Das Verschwinden von Jon Anza³⁰ war hierfür ein Hinweis. Im nördlichen Baskenland ist die Zunahme der Repression eine Antwort auf eine stärkere abertzale Linke und insgesamt eine stärkere abertzale Bewegung. Im südlichen Baskenland dagegen muss die Repression als Versuch verstanden werden, den Prozess zu dominieren, den die abertzale Linke ansonsten in den nächsten Monaten und Jahren zum Antrieb für politische Veränderungen machen kann.

Insgesamt ist die politische Landschaft sowohl im nördlichen Baskenland wie im südlichen Baskenland von vier Allianzen und zwei politischen Richtungen bestimmt: von den Allianzen PP-UMP³¹, PSOE-PSF, PNV und der abertzalen Linken einerseits; andererseits entweder durch die Integration in Frankreich, bzw. Spanien oder aber durch Souveränität, bzw. Unabhängigkeit.

Im Übrigen muss man die Veränderung in den Strukturen und der Haltung der baskischen Bevölkerung gründlich untersuchen. Eines der Hauptelemente ist das Phänomen der Migration. Wenn wir über Migration sprechen, dürfen wir nicht nur über Leute sprechen, die von anderswo zu uns kommen. Genauso müssen wir in Betracht

ziehen, dass wir als Folge der Globalisierung eine baskische Bevölkerung haben werden, die örtlich immer weniger festgelegt sein wird (heute hier arbeiten, morgen wer weiß wo!). Zusätzliche Faktoren beeinflussen die Struktur der baskischen Gesellschaft, wie zum Beispiel neu entstehende städtische Strukturen und damit verbunden Veränderungen der Werte (Verstärkung von Konsumismus und Individualismus, Verlust von Solidarität und Kollektivität) ... All dies verändert das Verhalten einer Gesellschaft. Diese Veränderungen erfolgen mit größerer Geschwindigkeit als der Befreiungsprozess und beeinflussen den Prozess und die Entwicklung des politischen Projekts negativ. Deshalb müssen wir so früh wie möglich politische Veränderungen erreichen, damit die abertzale Linke diesen Strömungen mit entsprechender sozialer Kommunikation und den nötigen Machtmitteln begegnen kann.

3. BESCHREIBUNG DER AKTUELLEN LAGE

Die aktuelle politische Phase ist die Phase der politischen Veränderung. Sind die Bedingungen für die Veränderungen vorhanden, wird sie zur Phase der Realisierung dieses Wandels. Das Ziel ist die Verwirklichung politischer Veränderungen: demokratische Rahmenbedingungen schaffen, durch die die derzeitigen konstitutionellen Bedingungen des (Autonomie)statuts überwunden werden und deren Grundlage die Anerkennung Euskal Herrias und der Respekt vor dem Willen der baskischen Bevölkerung ist.

Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es eines demokratischen Prozesses, der auf dem Zusammenschluss der dafür in Frage kommenden Kräfte, der Aktivierung dieser Kräfte, einer Änderung im Kräfteverhältnis, Verhandlungen und einem politischen Abkommen beruht. Einen Prozess mit diesen Merkmalen in Gang zu setzen ist der einzige Weg, eine Änderung der Rahmenbedingungen zu erreichen.

In diesem Sinne bleiben die Optionen, die im Vorschlag von Anoeta entwickelt wurden, gültig. Wir müssen uns jedoch klar werden, dass sie verloren sind, wenn wir sie nicht nutzen. Die Bedingungen für profunde Veränderungen sind gegeben:

- Der Zustand, der vom spanischen Staat in der Phase der Nach-Franco-Zeit definiert wurde, hat sich erschöpft.
- Das Modell der politischen Führung, nach dem die PNV (und insofern auch die UPN) die

³⁰ ETA-Aktivist, der im April 2009 im nördlichen Baskenland verschwand. Viele Indizien deuten in Richtung einer Entführung durch spanische Polizei. Französische Menschenrechtsaktivisten unterstützen die Familie in ihrer Forderung nach Aufklärung.

³¹ UMP (Union für eine Volksbewegung): konservative französische Partei, die derzeit mit Nicolas Sarkozy den französischen Staatspräsidenten stellt.

Institutionen leitet, hat sich erschöpft.

- Die Intensität, mit der sich in der baskischen Gesellschaft das Rechts auf Selbstbestimmung und die Forderung nach tief greifender politischer Veränderung als Grundhaltung verankert hat, macht es schwer, auf diese neue Möglichkeit nur mit Rezepten des Status-Quo zu antworten, wenn man nicht den Konflikt selbst beibehalten will.
- Die Tatsache, dass die Mehrheit einen Verhandlungsprozess befürwortet, der die zentralen Ursachen des Konflikts behandelt.
- Eine solide Basis für die Unabhängigkeit. Im südlichen Baskenland sind dies nie weniger als 25-30%.
- Ungeachtet der Differenzen hat sich die Mehrheit der Gewerkschaften die Thesen der abertzalen Linken zu eigen gemacht.
- Die große Erwartungshaltung, mit der die Gesellschaft auf die Vorschläge der abertzalen Linken reagiert, als Alternative zum Führungsmodell der PNV/UPN.
- Den Aufschwung, den die abertzale Bewegung in Lapurdi, Nafarroa Behera und Zuberoa erfährt, wie die Resultate von EH Bai (Ja zum Baskenland) und die Zahl der Abgeordneten in den Gemeinden zeigen. Damit wurde auch ein Weg sichtbar, die Krise zu überwinden, die die Spaltung im Jahre 2001 hervorgerufen hat. Wir sind uns bewusst, dass der Prozess seinen Ursprung im südlichen Baskenland hat, aber wie wir auch im vorhergehenden Prozess beobachten konnten, hat er einen positiven Einfluss auf das nördliche Baskenland.

Dies sind präzise und objektive Grundlagen, nach denen die abertzale Linke beherzt und auf bestem Weg ihrem Ziel entgegengehen kann. Die Möglichkeiten müssen nur ergriffen werden.

Die juristischen Rahmenbedingungen, die uns seit dreißig Jahren auferlegt sind, sind erschöpft und es wird langsam klar, dass der aktuelle Kampf folgendes Ziel hat: den Charakter und die Führung des sich abzeichnenden, neuen Zyklus zu bestimmen, d.h. letztendlich, den Weg der politischen Veränderungen zu bestimmen. Die Prioritäten der abertzalen Linken müssen daher sein, sich im Volk zu verankern und das Kräfteverhältnis zu ändern. Denn das ist es, was die Richtung und den Inhalt der Veränderungen bestimmt. Die abertzale Linke muss die Bedingungen für diese Veränderungen durch einen Zusammenschluss der abertzalen Kräfte formen. Sie muss sich dadurch in die Lage versetzen, Richtung und Inhalt dieser Veränderungen zu garantieren. Dieser neue Zusammenschluss basiert sowohl auf taktischen Vereinbarungen (Anerkennung von Euskal Herria, Akzeptanz des Willens der Bevölkerung) als auch

auf strategischen (die Unabhängigkeit und der Sozialismus).

An der Toren dieses neuen Zyklus, zu einem Zeitpunkt, an dem die einen wie die anderen den Zerfall ihrer Strategien erleben, muss die abertzale Linke sowohl den Raum der Unabhängigkeitsbefürworter einnehmen, als auch sich im politischen Zentrum platzieren. Zu einem Zeitpunkt, in dem der Statutismus seinen Rückhalt verliert und die jakobinische Politik erschöpft ist, brauchen wir einen Vorschlag mit einer neuen strategischen Ausrichtung, um die bis heute herrschende Hegemonie des Regionalismus zu brechen und zu ersetzen. Die abertzale Linke muss Euskal Herria dieselben Möglichkeiten eröffnen, die andere Nationen in Europa gewählt haben, hin zur Unabhängigkeit.

Dafür müssen wir eine wirkungsvolle Strategie entwickeln.

4. UNABHÄNGIGKEITSSTRATEGIE

4.1 Strategisches Ziel

Unabhängigkeit und Sozialismus sind Ziele der abertzalen Linken. Ein baskischer sozialistischer Staat ist das konkrete Projekt, das zur nationalen und sozialen Befreiung führen wird. Warum brauchen wir einen baskischen Staat? Weil dies nach Jahrzehnten der Negierung, der Assimilationsversuche und des Zwangs durch zwei Unterdrückerstaaten der beste Weg ist, unser Überleben zu sichern und uns eine umfassende Entwicklung zu garantieren.

Wir würden die vollständige Entwicklung von Euskal Herria wohl kaum in diesen zwei Staaten erreichen, deren Aufbau mit der Unterdrückung der Rechte der kleinen Nationen einherging. Denn geteilt zu sein und das Zentrum politischer Entscheidungen außerhalb des Landes zu haben, sind zu große Hürden. Die linke Unabhängigkeitsbewegung will einen unabhängigen baskischen Staat aufbauen, um die Identität unserer Bevölkerung, die Kultur und die Sprache (ein baskisches Euskal Herria) zu stärken, ohne daran auf irgendeine Art und Weise behindert zu werden, aber auch um die Rechte, das Wohlergehen und die Freiheit aller im Baskenland lebenden Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Wir wollen auch einen echten Internationalismus mit den anderen Völkern auf diesem Planeten entwickeln, die Möglichkeiten hierfür bietet ein eigener Staat. Denn die Befähigung, Entscheidungen zu treffen und uns die hierfür nötigen Mittel und Strukturen durch einen eigenen Staat zur Verfügung zu stellen, ist essentiell, um die genannten Ziele zu erreichen. Wir werden dabei

nie vergessen, dass das Volk die Grundlage ist, auf die der Staat sich gründet. Ein Blick auf die Welt genügt um festzustellen, dass unterdrückte Völker, die keinen eigenen Staat besitzen, unter der dauernden Bedrohung leben, assimiliert zu werden oder zu verschwinden.

Warum brauchen wir einen sozialistischen Staat? Weil es der beste Weg ist, gegen die Ungleichheiten anzugehen, die auf Kosten und durch Ausbeutung der Arbeiterklasse geschaffen wurden. Weil wir sicherstellen wollen, dass die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung befriedigt werden und alle dieselben Möglichkeiten haben. Obwohl wir für den Aufbau des Sozialismus im Baskenland die weltweiten Erfahrungen und revolutionären Aktivitäten einbeziehen, werden wir versuchen, unser eigenes Modell aufzubauen. Dieses Modell werden wir auf die Fundamente gründen, die wir auf dem Weg unseres Befreiungskampfes errichtet haben.

Die strategischen Ziele Unabhängigkeit und Sozialismus sind ein integriertes Projekt.

Eine spezielle Erwähnung verdient die völlige Gleichstellung von Frauen und Männern, sowie die Überwindung des patriarchalischen Systems.

Ohne andere Themen zu vernachlässigen oder zu unterschätzen, sind der Schutz und die Verteidigung unserer Umwelt (Mutter Erde) eine der Hauptaufgaben eines baskischen sozialistischen Staates.

Der baskische sozialistische Staat wird in seiner Verfassung die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die Institutionen (auf nationaler und anderer Ebene) sowie die spezifischen Charakteristika des politischen Systems verankern. Das wird die Tür zu einer partizipatorischen Demokratie öffnen. Das politische System wird auf Wahlen basieren. Abhängig von der Zustimmung, die sie in diesen Wahlen erhalten, werden politische Parteien die Institutionen des Staates führen. Es wird spezifische Mechanismen geben, die eine möglichst direkte Teilhabe der Bevölkerung und der Bevölkerungsgruppen gewährleisten sollen. Bevölkerung und Abgeordnete sollen die Möglichkeit erhalten, an Diskussionen und Entscheidungen zu konkreten Projekten mitzuwirken. Demokratische Freiheiten werden respektiert werden.

Das sind strategische Ziele, aber wir müssen sie bereits heute als Richtschnur nutzen, weil sie die Integrität unseres Weges sicherstellen. Ohne endgültige Ziele fehlt den mittelfristigen Zielen ein wichtiges Element, genauso, wie ohne mittelfristig realisierbare Ziele die finalen Ziele zur Illusion werden.

Unsere Ziele sind aber keine Illusion. Wie wir

bereits erklärt haben, existiert diese Möglichkeit weltweit. In Europa entstanden neue Staaten und in Belgien, Schottland und Grönland ist diese Diskussion in vollem Gange. Wenn wir zusätzlich den Fall von Quebec betrachten, kommen wir zum Schluss, dass es auch in der ersten Welt möglich ist, neue Staaten zu gründen, wenn starke demokratische Mehrheiten dafür gewonnen werden. Denn das Recht auf Selbstbestimmung ist (wird) ein akzeptiertes Recht, sowohl in Staaten, die es anerkennen, als auch in den Staaten, die es verneinen. Bemerkenswert sind die Fälle von Schottland und Quebec, in denen diese Entwicklung stattfindet, obwohl ihr Gesetz dieses Recht nicht kennt. Es wird durch Anwendung zur Praxis.

Auch der Fall des Kosovo ist bemerkenswert, weil verschiedene Staaten die Unabhängigkeit dieses Territoriums anerkennen, obwohl eine Resolution der Europäischen Union das Gegenteil sagt (es ist jedoch nicht das Ziel dieses Dokuments, die Geschehnisse im Kosovo zu beurteilen, weil die Methoden, die im Interesse regionaler Mächte benutzt wurden, starke Zweifel schüren). Wir können folgendes festhalten: die Gründung eines baskischen Staates, die auf dem Willen seiner Bevölkerung beruht, könnte international signifikante Unterstützung erhalten. Wir müssen für diese Unterstützung von heute an arbeiten, denn wir haben während der letzten Verhandlungen in der Schweiz gesehen, dass diese Möglichkeit von vielen Beteiligten als völlig normal gesehen wird.

Trotzdem ist der innere Faktor noch wichtiger als der internationale. Die Bevölkerung von Euskal Herria ist organisiert, dynamisch, belesen, hat hohe Einkommen und ökonomisch viele Möglichkeiten (aber wir wollen diejenigen Teile der Bevölkerung, die Armut und Ausgrenzung erfahren, nicht von oben herab betrachten. Wir wollen deshalb unser strategisches Projekt aus einer linken Perspektive angehen). Wir sind ein Volk, das bereit für die Unabhängigkeit ist. Wir verfügen über genügend Erfahrung und starke politische, soziale und ökonomische Grundlagen.

Als Konsequenz muss die politische Linie zur Umsetzung unserer Strategie strategische Ziele auf verschiedenen Ebenen beinhalten:

- auf der ideologischen Ebene: die Überzeugung stärken, dass ein baskischer Staat die beste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger des Baskenlands und für Euskal Herria ist.
- auf der praktischen Ebene: aus den täglichen Schritten - populären Aktivitäten - muss unser finales Ziel erkennbar sein.
- auf der politischen Ebene: das Abkommen, das wir in diesem Stadium erzielen, muss die Türen zur Unabhängigkeit öffnen.

4.2 Taktisches Ziel

Der Weg zu einem baskischen Staat beinhaltet notwendigerweise verschiedene Stufen, bzw. Zwischenschritte. In diesem Sinn ist unser taktisches Ziel, einen kohärenten, demokratischen Konsensus zu erreichen, der eine Antwort auf die Probleme der Selbstbestimmung und des Territoriums liefert. Ein Rahmen, der die Anerkennung Euskal Herrias und die Akzeptanz des Willens seiner Bevölkerung beinhaltet, würde Spielraum für alle politischen Projekte bieten, die Gründung eines baskischen Staates einschließen.

Die abertzale Linke hat bereits in Ustaritze und in der Sportarena von Anaitasuna ihren Vorschlag für einen demokratischen Rahmen vorgestellt. Grob gesprochen hat dieser Vorschlag zwei Grundlagen: die Institutionalisierung des nördlichen Baskenlandes und die territoriale Einheit des südlichen Baskenlandes. Für beide Fälle erkennen wir das Recht der Bevölkerung auf eigene Entscheidung an. Voraussetzung hierfür ist, dass der rechtliche und politische Rahmen die Möglichkeit der Unabhängigkeit und der Einheit Euskal Herrias erlaubt. Wir schlagen eine Autonomie vor, die die Anerkennung als Nation beinhaltet und entwickeln einen Plan für Euskal Herria als Ganzes, angepasst an die jeweilige Situation. Unser Vorschlag mag nicht der einzige sein, der zu einem demokratischen Rahmen führt, andere könnten ebenfalls möglich sein.

Im letzten Verhandlungsprozess war die Frage der Einheit der vier Territorien eine der harten Nüsse. Wir müssen darüber nachdenken. Unsere Botschaft, die wir zu Nafarroa Garaia³² und zur territorialen Einheit übermitteln, ist in gewisser Weise defensiv. Letzten Endes wissen wir, dass für eine zukünftige territoriale Einheit der Willen der Bevölkerung Navarras essentiell ist. Unser Ziel sollte deshalb sein, die soziale Meinungsführerschaft in Navarra wieder herzustellen. Wenn wir deshalb über das Selbstbestimmungsrecht reden, müssen wir das Recht wiedererlangen, unsere interne Organisation selbst zu entscheiden. Das heißt, die Basken, in diesem Fall die Bürgerinnen und Bürger der zwei politischen Haupteinflussbereiche, müssen diejenigen sein, die die Art der Beziehung festlegen, die sie miteinander eingehen wollen. Allein nach ihrem Willen.

4.3 Bildung der Nation

Durch den Reflexionsprozess in den Jahren 1993-1994 wurde die Bildung der Nation eine der Kernkomponenten der linken, nationalen Strategie. Auf der einen Seite gab es gesellschaft-

liche Gruppen, die eine Änderung der Rahmenbedingungen unterstützen würden, sich jedoch nicht an der Verhandlungsstrategie ETA-Staat beteiligten. Auf der anderen Seite benötigten wir eine Antwort auf die strategischen Beruhigungsspielen des Staates (Euskara, Wirtschaft, Erziehung, ...). Durch die Zusammenarbeit haben wir anderen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen die Grenzen der existierenden Randbedingungen in verschiedenen Bereichen aufgezeigt und sie so von der Forderung nach einem neuen Rahmen überzeugt. Bekräftigungen, wie die von ELA, dass das Autonomiestatut tot sei, zeigen, dass unsere Strategie Früchte trägt. Ein nächster Schritt wäre gewesen, einen solchen Rahmen zu entwickeln. Denn natürlich müssen wir die Bildung der Nation als Methode sehen, die politischen Randbedingungen zu verändern, obwohl manche - fälschlicherweise - vorgezogen hätten, sie als Methode für den Aufbau einer alternativen Realität zu betrachten.

Heute, wo wir immer noch dabei sind, die politischen Bedingungen zu ändern, ist die Bildung der Nation eine Grundlage von hohem politischem Wert. Die Gründe hierfür sind:

- Über die reine Ablehnung hinaus reflektiert sie die Realität der Grenzen und des Zwangs der existierenden Institutionen - in allen Bereichen.
- Deshalb reflektiert die Bildung der Nation auch die Notwendigkeit politischer Veränderungen.
- Des Weiteren garantiert sie die volle Relevanz der aktuellen Arbeit und des Kampfes für Euskal Herria, ohne auf unseren D-Day zu warten. Sie ist eine Methode, breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erhalten, die in dieser Phase so wichtig ist.
- Gleichzeitig ist sie effizient, weil konkrete Schritte unternommen und spezifische Projekte umgesetzt werden können.

Die Bildung der Nation zwingt uns, Prioritäten zu setzen. Aus diesem Grund hat sich die abertzale Linke vor langer Zeit entschieden, in Bereiche zu investieren, die die Grundlagen unseres Volkes stärken: Sprache, territoriale und sozioökonomische Organisation, Nationalität und die institutionelle Einheit des Territoriums.

Im Bereich der Sprache müssen wir darum kämpfen, den offiziellen Status von Euskara³³ in ganz Euskal Herria durchzusetzen und sicherzustellen, dass die linguistischen Rechte respektiert werden. In der Erziehung müssen wir weitere Schritte hin zu einem öffentlich nationalen System machen.

³² Nafarroa Garaia (baskisch, Hoch-Navarra) wird als Bezeichnung für Nafarroa im südlichen Baskenland verwendet. Nafarroa Beherea (Nieder-Navarra) ist Teil des nördlichen Baskenlands.

³³ Baskische Sprache, älteste Sprache Europas, unter der Franco-Diktatur verboten.

Die Dynamik zur Bildung einer unabhängigen baskischen Universität zu stärken, könnte eine Priorität werden.

Im sozioökonomischen Bereich sollten wir zusätzlich zum Kampf gegen Unrecht (wir kommen zu diesem Punkt im nächsten Abschnitt) eine Debatte über das Modell der ökonomischen und sozialen Struktur Euskal Herrias beginnen. Wir benötigen hier ebenfalls spezifische Projekte. In diesem Sinne ist es essentiell, dass die gemeinsame Arbeit der abertzalen Gewerkschaften eine gemeinsame strategische Vision aufweist und einen gemeinsamen Umfang in der Planung, den organisatorischen Vorschlägen und der gemeinsamen Arbeit hat.

Im Hinblick auf die territoriale Organisation gibt es verschiedene Entwicklungsthemen in zwei Hauptbereichen: auf der einen Seite, die heutigen Exzesse anzuprangern; auf der anderen Seite, konkrete Alternativen zu entwickeln: Infrastruktur, Abfall, natürliche Ressourcen, ...

Hier gibt es unzählige lokale als auch überregionale Themen. Spezielle Erwähnung verdient der Hochgeschwindigkeitszug (TGV), weil dieses Makroprojekt ein echtes Bild des ökonomischen und sozialen Modells darstellt, das Euskal Herria aufgezwungen wurde.

Es gibt viele Gründe, sich gegen das TGV-Projekt zu wehren:

- der Schaden für die Umwelt
- die ökonomischen Interessen, die dieses Projekt verteidigt
- Wir wurden nicht gefragt
- Sie verwerfen den Willen der Bevölkerung
- In strategischen Bereichen - wie zum Beispiel Transport - gibt es künftig kaum öffentliche Ressourcen

Die Haltung der abertzalen Linken ist infolgedessen klar: die Bauarbeiten einstellen und eine Diskussion ermöglichen, die die Bedürfnisse der Bevölkerung in Euskal Herria als Ganzes adressiert. Die abertzale Linke erkennt an, dass die Anti-TGV-Bewegung die Protagonistin sein sollte, wenn es darum geht, dieses aufgezwungene Projekt anzuprangern und eine Debatte zu fordern. Der Kampf gegen den TGV muss durch diese Bewegung erfolgen und von ihrer Stärke getragen sein.

Des Weiteren dürfen wir im Hinblick auf das Modell der territorialen Organisation nicht in ein einfaches Anti-System-Denken verfallen. Die abertzale Linke hat als Ziel einen baskischen Staat und auf dem Weg dahin ist es nötig, bei der Vereinigung von Kräften deren klassenübergreifende Zusammensetzung zu beachten. Anders gesagt, die abertzale Linke will Unabhängigkeit, um die

Gesellschaft zu ändern. Aber dafür oder präziser gesagt deswegen, kann sie nicht ihre gesamte politische Linie in einem Kampf durchsetzen, der um ein einzelnes Thema geht, wenn dieser Kampf Widersprüche erzeugt, die am Ende sogar die angestrebte Einheit gefährden können.

In den vergangenen Jahren haben wir außerdem zur Frage der Nationalität gearbeitet, sowohl auf allgemeiner Ebene (das Projekt eines eigenen nationalen Ausweises, mit all seinen Höhen und Tiefen) wie in speziellen Bereichen (Wahlen und Sport als Beispiel). Das sind Arbeitsbereiche mit großem Potential, die das Ziel eines baskischen Staates strategisch stärken.

Territoriale Koordination muss zu einer weiteren politischen Priorität des demokratischen Prozesses werden. Denn zusätzlich zu ihrer Rolle, als wichtiger Faktor den Prozess in die richtige Richtung und zu den richtigen Ergebnissen zu leiten, kommt ihr auch strategische Bedeutung zu (Stärkung des Bewusstseins und der nationalen Identität). Deshalb müssen wir reorganisieren und neue Institutionen schaffen, die Euskal Herria als Ganzes repräsentieren, sowohl im kulturellen Bereich, als auch im Sport und in der Struktur der Institutionen, ...

Wir haben in den letzten Jahrzehnten Hunderte von Projekten und Aktivitäten entwickelt und durchgeführt. Neben den bereits erwähnten gab es Erfolge in weiteren Bereichen - wie zum Beispiel Medien oder Kultur - die dazu beigetragen haben, der Identität der Menschen einen Ankerpunkt zu geben. Das ist von großem strategischem Wert. Trotzdem ist es richtig, dass unter dem Überbegriff der Bildung der Nation die Ergebnisse einiger dieser Projekte nicht immer richtig analysiert wurden. Wie in anderen Bereichen auch, sollte der Grad des Erfolgs und die Resultate dieser Projekte ordentlich analysiert werden. Sonst laufen wir Gefahr, selbstgerecht zu werden.

Die abertzale Linke sollte die Bildung der Nation fördern. Bildung der Nation und Basisdemokratie (ihr höchster Ausdruck) können nicht ausschließlich auf der abertzalen Linken beruhen. Die Dynamiken und Organisationen, die daraus entstehen, können nicht alle in der abertzalen Linken verwurzelt sein. Und natürlich haben Organisationen wie das Forum Nationale Debatte zu solchen Überlegungen und Arbeiten viel beizutragen.

Wir müssen Meilensteine der politischen Macht erreichen und einen demokratischen Prozess formulieren, um wirksame Schritte im Prozess der Bildung der Nation zu erreichen. Wir müssen dabei in der Lage sein, Hindernisse, die in den Weg gestellt werden, zu überwinden und uns mächtige Werkzeuge zu Nutze zu machen. Unsere Strategie basiert darauf, politische Macht zu gewinnen.

Dafür wollen wir Unabhängigkeit und einen Staat. In den vergangenen Jahren haben alternative Haltungen die Gefahr erzeugt, diese politische Vision und unsere Strategie zu verzerren.

4.4 Der linke Kampf

Die abertzale Linke vertritt seit langem, dass Nation und Befreiung zwei Seiten einer Medaille sind. Die fünfte Versammlung von ETA war vielleicht der wichtigste ideologische Beitrag zum Befreiungsprozess. Trotzdem stimmt es, dass manchmal - sei es wegen der zentralen Rolle des bewaffneten Kampfes, sei es wegen der Beziehung zur und der Abhängigkeit von der PNV - linke Themen auf den zweiten Platz verwiesen werden. Deshalb spielt die Erziehung unserer Aktivistinnen und Aktivisten in der Tradition der Linken eine große Rolle, speziell für die jüngeren Generationen.

In der derzeitigen Phase sollten die politischen Vorschläge der Linken, ihre Praxis und ihr Kampf eine große Bedeutung haben. Erstens, weil die Situation dies erfordert. Die ökonomische Krise beeinträchtigt besonders Arbeiter und breite Teile der Bevölkerung, während das Finanzsystem mit öffentlichen Geldern "gewässert" wird. Die ökonomischen Wohltaten der Wachstumsphase haben sich die üblichen Verdächtigen angeeignet, während aus einstmals prekären Arbeitsbedingungen die heutige Arbeitslosigkeit wurde.

Die ArbeiterInnenbewegung hat viel zu sagen in Bezug auf die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Lage der Klasse. Teile der Bevölkerung (kleine Händler, kleine autonome Strukturen von Arbeiterinnen und Arbeitern) werden durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb benötigen wir eine Allianz zwischen der Arbeiterklasse und diesen Teilen der Bevölkerung gegen den Feind: die Ausbeuter und die Spekulanten.

Am Arbeitsplatz sind unter anderem die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Arbeitsunfälle unsere größten Feinde. Des Weiteren dürfen wir die besonders schwierige Situation nicht vergessen, in der sich einige befinden. Junge Leute und Frauen sehen sich am Arbeitsmarkt mit viel schlechteren Bedingungen konfrontiert, vorgezogen, sie sind überhaupt in der Lage, einen Arbeitsplatz zu finden. Genauso muss der linke Kampf für die Unabhängigkeit die schlimme Situation der Älteren berücksichtigen, die ihr Leben der Arbeit gewidmet hatten, und damit viel Reichtum geschaffen haben (Rentner, Hausfrauen und andere, die nichts besitzen). Wir müssen gegen ihre soziale Ausgrenzung kämpfen und für sie ein ordentliches Leben ermöglichen.

Neben Einkommen und Arbeitsplatz ist Wohnen ein kritisches Thema. Denn vielen Menschen

verursacht dies mittlerweile schlaflose Nächte. Manchen, weil sie keine Chance haben, ein vernünftiges Heim zu besitzen, und viele andere, weil sie es kaum noch bezahlen können.

Die Probleme, die sich aus der Ausbeutung des Landes und des Eigentums ergeben, haben in Euskal Herria viele Gesichter. Im nördlichen Baskenland hat das Thema beispielsweise eine hohe politische Dimension, weil die "Zweitwohnungen" zum Symbol für die Unterdrückung unseres Volkes wurden. Und die Wahrheit ist, dass die Menschen Protestaktionen dagegen begrüßen. Das Problem ist nicht neu; die Organisation Iparretarrak hat als Hauptangriffsziel den Immobiliensektor.

Über den Kampf um vernünftige Lebensverhältnisse hinaus muss die abertzale Linke Bürgerrechte und Integration verteidigen. Rassismus, Ausbeutung, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Homophobie... sind Feinde der linken Pro-Unabhängigkeitsbewegung, sowohl in unserer politischen Agenda als auch in der täglichen Haltung.

Der linke Kampf muss unsere Strategie der Allianzen und die Beziehungen zu anderen Kräften bestimmen (dieses Thema findet weiter unten besondere Berücksichtigung). Zum Beispiel weiß jeder, der eine Analyse der Klasseninteressen vornimmt, wessen Interessen die PNV vertritt. Ohne jeden Zweifel repräsentieren sie diejenigen, die sich selbst am Mehrwert bereichern, der von der Arbeiterklasse und in großen Unternehmungen geschaffen wurde, obwohl die soziale Basis der PNV zum Großteil aus der Bevölkerung kommt. Trotzdem ändert die Tatsache, dass viele ihrer Mitglieder und Wähler Arbeiterinnen und Arbeiter sind, nicht das Management ihrer Organisationen und den Kern ihrer Partei. Deshalb kann eine Alternative zur PNV nicht ausschließlich auf der Arbeit für Unabhängigkeit basieren, sondern muss von links kommen.

Auf dem Weg der sozialen Transformation müssen wir klare Bezugspunkte setzen, die unsere eigenen inneren Werte in den konkreten politischen und ökonomischen Bereichen (Baskische Arbeitswelt, Sozioökonomischer baskischer Raum) reflektieren. Das ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung Sozialismus. Die abertzale Gewerkschaftsbewegung - unter Führung von LAB - hat als Bezugspunkt vor langem die Kopplung sozialer und politischer Veränderungen festgelegt.

Der letzte Generalstreik hat neben der Antwort auf die Krise auch den bereits oben erwähnten Typ von Forderungen auf den Tisch gebracht, um die politische Unterwerfung unter Madrid, unter CCOO und UGT und unter die autonomen Institutionen (CAV und CFN) zu überwinden und wirksame

Maßnahmen gegen die Konsequenzen der Krise zu entwickeln.

Abschließend muss unser Kampf auch klare internationale Bezugspunkte haben. In diesem Sinn identifizieren wir uns mit den Befreiungsprozessen, die in Europa und in Südamerika stattfinden, sowie mit dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wir sind vollständig bereit, uns an letzterem zu beteiligen. Das sind die ideologischen und politischen Bezugspunkte der abertzalen Linken.

4.5 Nationale Strategie

Um das nationale Projekt für Euskal Herria umzusetzen, müssen wir eine nationale Strategie entwickeln. Denn ohne nationale Strategie wird uns die Teilung aufreiben. Deshalb muss die politische Arbeit der abertzalen Linken als Bezugspunkt und als Adressat Euskal Herria als Ganzes haben. Die erste Komponente ist dabei die Struktur der abertzalen Linken. Wir müssen den nationalen Charakter der sozialen und politischen Organisationen stärken: wir benötigen Institutionen für Euskal Herria als Ganzes. Die politischen, sozialen und ökonomischen Themen sollten ebenfalls aus einer nationalen Perspektive analysiert werden. Denn eine begrenzte Analyse birgt zweifelsohne die Gefahr einer begrenzten politischen Linie. Der letzte Schritt der nationalen Strategie wird die Bestimmung der nationalen politischen Linie werden. Vorschläge und Aktionen werden aus nationaler Perspektive umgesetzt. Um dies sicherzustellen, wird die abertzale Linke neben der Änderung der Strukturen auch auf andere Ressourcen zurückgreifen (Information, Training, Methodologie ...).

All das heißt jedoch nicht, dass wir nicht der Realität jedes Gebiets Rechnung tragen. Das Gegenteil ist der Fall. In jedem Gebiet und in jeder Umgebung muss die nationale Strategie die lokalen Besonderheiten berücksichtigen. Denn die strategisch koordinierten Hauptaktivitäten haben in jedem Gebiet ihren eigenen Rhythmus und ihren eigenen Verlauf.

Außerdem gibt es wichtige Themen, die nur in Teilen des Landes eine Rolle spielen. In solchen Fällen sollte die nationale Strategie ein Instrument der Solidarität der Basken sein. Auch der umgekehrte Fall kann wahr sein: eine gute Aktion in einem Teil des Landes kann positiven Einfluss auf die nationale Strategie haben.

Da die nationale Strategie der Höhepunkt unserer Arbeit ist, sollte sie nicht durch kurzfristige Themen beeinflusst werden. Sowohl in den Zeiten von Lizarra-Garazi, als auch zu Beginn des letzten Verhandlungsprozesses mit der spanischen Regierung - um zwei Beispiele zu nennen - sollte unser Vorgehen auf unserer nationalen Strategie

beruhen, auch wenn es zwei verschiedene Situationen waren. Die Ergebnisse, die durchaus "spektakulär" waren, wären vielleicht anders gewesen.

Zusammenfassend müssen wir uns in dieser politischen Lage an unsere nationale Strategie halten, vor allem im Wissen, dass dies einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines demokratischen Prozesses leisten kann. Im Laufe des Prozesses werden wir zu Konkretisierungen kommen (die Limitationen, die speziellen Eigenschaften eines Gebietes ...) und genau deshalb ist es notwendig, eine Strategie zu besitzen, die Euskal Herria als Ganzes im Auge hat, damit uns die Reise, die vor uns liegt, nicht ans falsche Ziel bringt.

5. DER DEMOKRATISCHE PROZESS, SCHLÜSSEL FÜR POLITISCHE VERÄNDERUNGEN

5.1 Charakterisierung des demokratischen Prozesses

Der demokratische Prozess ist eine allgemeine politische Aktion mit dem Ziel, Kräfte für politische Veränderungen zu bündeln.

Der demokratische Prozess ist nicht nur eine der Methoden, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Unabhängigkeits-Strategie. Erreicht man ein politisches Abkommen, ermöglicht dies die Schaffung der juristisch-politischen Voraussetzungen für die Phase, die zum Ziel Unabhängigkeit führt. Außerdem kann der Kampf für die strategischen Ziele unter besseren Bedingungen geführt werden, wenn ein Abkommen zustande gekommen ist.

Der demokratische Prozess ist eine eigene Entwicklungsstufe des Befreiungsprozesses, er steht in Übereinstimmung mit unserem politischen und historischen Weg und erlaubt uns, in der letzten Etappe die Führungsrolle zu übernehmen (konkret in jener Phase, in der wir die Unabhängigkeit erlangen werden). In diesem Sinne hat die abertzale Linke zwei Aufgaben zu erfüllen, die eng miteinander verbunden sind und die den Fortschritt in Richtung politischer Veränderungen bestimmen: einerseits ein politisches Abkommen zu erreichen, das einen demokratischen Rahmen schafft und den Konflikt löst; andererseits strategische Positionen zu stärken (sozialistische und Unabhängigkeits-Kräfte, zum Beispiel Unterstützerinnen und Unterstützer für den "Euskal Estatua" oder den baskischen Staat zu finden, Euskal Herria im Bereich der Arbeitsverhältnisse oder im wirtschaftlich-sozialen Bereich sichtbar machen).

Der nationale Aufbau ist ein grundlegendes

Merkmal des demokratischen Prozesses. Gelegentlich wurden beide Elemente als unvereinbar dargestellt, doch sind sie unverzichtbar und müssen Hand in Hand gehen. Nationaler Aufbau allein und ohne Änderung der demokratischen Spielregeln kann nicht die neuen politischen Verhältnisse schaffen, die Euskal Herria braucht. Strukturen von Gegenmacht zu entwickeln oder Gegenmacht aufrecht zu erhalten ist nicht dasselbe. Demokratische Verhältnisse würden die Bedingungen für den nationalen Aufbau verbessern. Gleichzeitig kann der demokratische Prozess allein keinen Richtungswechsel garantieren. Erst wenn sich die Bevölkerung in Bewegung setzt, erhält der nationale Aufbau eine vitale Bedeutung. Der demokratische Prozess ist die zweckmäßige Strategie, die uns die Änderung der aktuellen "Spielregeln" ermöglichen wird, die Verschiebung von Parametern in eine Richtung, in der die abertzale Linke stärker und wirksamer sein wird.

Der demokratische Prozess muss so gestaltet sein, dass die Zeit für uns läuft. Der Staat nutzt den Faktor Zeit, um die abertzale Linke zu zermürben und um die Bedingungen, die Veränderungen ermöglichen, verschwinden zu lassen. Haben wir erst einmal den demokratischen Prozess in Gang gesetzt, müssen wir den Zeitfaktor auf unsere Seite holen und so nutzen, dass es dem Staat unmöglich wird, die Lösung des Konflikts auf ewig zu blockieren. Sowohl auf internationaler Ebene wie in der Wahrnehmung der Bevölkerung müssen wir im Laufe der Zeit erreichen, dass der Staat als das gesehen wird, was er ist, als Folterknecht, und wir als das, was wir sind, als Opfer. Die wirkliche Rollenverteilung der Konfliktparteien sichtbar zu machen, nützt uns und schadet dem Staat

Der demokratische Prozess muss das Wort und die Entscheidung der baskischen Bevölkerung zum Ausgangspunkt haben. Folglich darf es keinerlei Art von Gewalt oder äußerer Einmischung geben. Um den Einfluss derjenigen zurück zu drängen, die der Bevölkerung von Euskal Herria ihre Rechte verwehren wollen, ist die Aktivierung der Kräfte entscheidend, die den Prozess und das demokratische Szenario unterstützen. Dies ist die wichtigste Garantie für den Prozess. Denn es ist klar, dass der Staat alles in seiner Macht stehende tun wird, um ihn zu verhindern.

Wie jeder Prozess muss auch der demokratische Prozess dynamisch sein und sich stufenweise vollziehen. Er muss sich Schritt für Schritt seinem Ziel nähern.

Der demokratische Prozess erfordert Verhandlungen konkreter Natur mit den Vertretern des Staates. Die Verhandlung muss unter dem Vorzeichen stehen, verschiedene, aufeinander folgende, politische Abkommen zu erzielen, Kräfte zu bündeln, das Kräfteverhältnis zu ändern und den nationalen Aufbau voran zu bringen (Dynamiken

und Hilfsmittel, um Euskal Herria sichtbar zu machen, das Bewusstsein der nationalen Identität von Euskal Herria in der Bevölkerung verankern...).

Verhandlungen müssen der Antrieb des demokratischen Prozesses sein. Doch der beschränkt sich nicht allein auf Verhandlungen und darf sich ihr nicht unterordnen, zumindest nicht völlig. Selbst wenn die Verhandlung in bestimmten Momenten vom Staat blockiert wird, müssen wir in der Lage sein, im demokratischen Prozess voranzukommen und die Vereinigung unserer Kräfte und den nationalen Aufbau weiter zu betreiben.

Es muss Klarheit darüber bestehen, dass die einzige Garantie für die Umsetzung der in den Verhandlungen erreichten Abkommen und für Fortschritte im Prozess in der Zusammenführung unserer Kräfte liegt, in der Änderung des Kräfteverhältnisses und im nationalen Aufbau.

5.2. WERKZEUGE DES DEMOKRATISCHEN PROZESSES

5.2.1. DIE NEUSTRUKTURIERUNG DER ABERTZALEN LINKEN

In dieser Phase des Prozesses kommt der abertzalen Linken die Funktion des Motors zu, nur sie kann seine Weiterentwicklung und seine Richtung garantieren. Wir müssen uns bewusst sein, dass die abertzale Linke den demokratischen Prozess führen muss, sowohl in politischen wie auch in institutionellen und gesellschaftlichen Fragen.

Um sich dieser Aufgabe stellen zu können, muss sich die abertzale Linke neu strukturieren. Dafür ist eine generelle und vorurteilslose Reflektion der künftigen Organisationsform notwendig. Innerhalb dieser Neustrukturierung kommt der Stärkung der Einheit in jedem Fall besondere Bedeutung zu.

Die *unidad popular*, die Volkseinheit, muss der Orientierungspunkt für alle linken Anhänger/innen der Unabhängigkeit sein. Zentraler Faktor bei Massenmobilisierung und institutioneller Arbeit. Sie ist wichtigster Orientierungspunkt der abertzalen Linken in dieser Phase. Sie hat die Aufgabe, die aus der Volksbewegung resultierende Macht zu handhaben und nimmt allein oder in Koalition an Wahlkämpfen teil. Die Volkseinheit ist das wichtigste Instrument zur Entwicklung des politischen Projekts der linken Unabhängigkeitsbewegung. Denn wir haben ein eigenes politisches Projekt, das wir während der verschiedenen Phasen des Prozesses konkretisieren und verwirklichen müssen. Sowie es die Situation erlaubt, muss die Volkseinheit selbstverständlich die Legalisierung dieses Projekts zum Ziel haben.

Die Strategie für Unabhängigkeit und Sozialismus braucht eine starke Bewegung zur nationalen Befreiung des Baskenlandes, die sich durch

Organisierung, durch das Engagement der Mitglieder und durch ideologisch-politische Klarheit auszeichnet. Zur Konkretisierung braucht es eine starke abertzale Linke, die den demokratischen Prozess in dieser Phase bis zur letzten Konsequenz vollzieht.

Massenmobilisierung und institutionelle Arbeit

In dem Maße, wie die Strategie zu konkreten Schritten führt, werden die Aktions-Schwerpunkte der abertzalen Linken die Massenmobilisierung und die institutionelle Arbeit sein. Sie ergänzen sich gegenseitig. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass es auch hier große Hindernisse zu überwinden gilt. Aber diese Mechanismen erlauben es uns, aktive und engagierte Kräfte zu sammeln.

Um die institutionelle Arbeit und die Massenmobilisierung wirksam einzusetzen, sind weitere entscheidende Bereiche in Betracht zu ziehen, wenn es um die tägliche politische und gesellschaftliche Arbeit geht.

- **Ideologischer Kampf.** Um die politischen Ziele der abertzalen Linken zu erreichen, ist eine Debatte über Ideen und Inhalte unverzichtbar. Konservativen Vorstellungen gegenüber müssen wir den Wert freier Personen, freier Kollektive und freier Völker betonen. Wir werden nur schwerlich eine linke, nationale Strategie entwickeln können, wenn sich die Gesellschaft Richtung Individualismus und Egoismus bewegt. Der ideologische Kampf dient der abertzalen Linken nicht nur langfristig bei der Verankerung ihrer Ziele im Bewusstsein der Gesellschaft, er ist ebenfalls notwendig für die Stärkung der aktuellen Aktivitäten. Die aktuellen Kämpfe, Massenmobilisierungen und die institutionelle Arbeit müssen ideologische und politische Inhalte vermitteln, die es allen Linken und allen Anhängerinnen und Anhängern der Unabhängigkeit ermöglicht, sich aktiv einzumischen.

- **Kommunikation mit der Bevölkerung.** Wir leben in einer Gesellschaft der Massenmedien. Das bestimmt die für die Aktivitäten der abertzalen Linken nötige Kommunikation mit der Gesellschaft. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Welt der Massenmedien eng verknüpft ist mit den Machtzentren und sie deshalb verbissen die gegen Euskal Herria errichteten Barrieren verteidigt. Auch wenn wir versuchen müssen, in der schwierigen Beziehung mit diesen Medien weiter zu kommen (ohne zu vergessen, die von ihnen praktizierte Politik der Apartheid und der Manipulation gegenüber der abertzalen Linken zu denunzieren), müssen wir auch andere Kommunikationskanäle stärken. In einem Moment der Diversifizierung der Medienszene in Euskal Herria müssen wir die Möglichkeiten untersuchen, die verschiedene Kommunikationsmedien bieten. Gleichzeitig müssen wir prüfen, inwieweit wir unter Nutzung neuer Technologien eigene Medien schaffen können.

- **Gesellschaftliche Basis.** Um eine linke, nationale Strategie umzusetzen, ist es notwendig, die gesellschaftliche Basis der abertzalen Linken zu aktivieren. Dies geschieht nicht auf spontane Art, es bedarf einer Vorbereitung. Auch wenn es in diesem politischen Zyklus überaus wichtig ist, die richtigen Aktionsformen zu wählen, ist deren Unterstützung durch unsere soziale Basis unabdingbar. Aufgabe der abertzalen Linken ist es, stabile Kommunikationskanäle mit unserer sozialen Basis einzurichten und aufrecht zu erhalten, um die Verbindung so eng wie möglich zu gestalten. Die soziale Basis bildet den Zugang der abertzalen Linken zur Gesellschaft im Allgemeinen.

- **Gesellschaftlicher Bezug.** Die abertzale Linke muss sich stärker auf die Gesellschaft orientieren. Zum einen müssen wir innerhalb des abertzalen Spektrums zur bestimmenden Kraft werden. Zum anderen stehen wir vor der Aufgabe, in gemeinsamer Arbeit mit allen aus dem abertzalen Spektrum dem nationalen Aufbau die Dimension einer Volksstrategie zu verleihen. Und schließlich müssen die Mauern der Gettos abertzal/nicht-abertzal eingerissen werden. In bestimmten Gebieten ist dies wesentlich für ein Ende der bestehenden Hegemonien und für neue Kräfteverhältnisse. Wie sonst sollen wir vorankommen, wenn wir in diesen Gebieten nicht die Unterstützung finden, die wir brauchen?

Gesellschaftliche Mobilisierung

Massenmobilisierung ist nicht nur ein Höhepunkt gesellschaftlicher Aktivierung, sie ist auch ein Zeichen der Stärke eines revolutionären Projekts. In gleichem Maße wie die Dynamik der Konfrontation und die Reaktion auf staatliches Handeln, braucht auch der demokratische Prozess eine gesellschaftliche Mobilisierung, um sich unaufhaltsam zu entfalten.

Die Mobilisierungen auf nationaler oder regionaler Ebene sind wichtige Bezugspunkte, sie geben der politischen Aktivität und dem Projekt der abertzalen Linken Rückhalt. Wichtig ist dabei eine gute Vorbereitung und Durchführung, neben der Mobilisierung selbst darf die Vor- und Nachbereitung nicht vernachlässigt werden. Umso mehr, wenn wir uns daran erinnern, dass die Mobilisierungen der abertzalen Linken in den letzten Jahren oft von Verfolgung begleitet waren, sei es durch Verbote oder durch den Versuch der Zensur in den Medien.

Neben diesen wichtigen Aktivitäten dürfen auch die Mobilisierungen auf örtlicher und kleinregionaler Ebene nicht unterschätzt werden. Sie verankern unsere Aktion wirksam in der Gesellschaft. Tatsächlich kann es zu Überdruß und Problemen kommen. Deshalb ist es nötig, die Methode und Art der Mobilisierung immer wieder zu prüfen, auf den Zeitpunkt zu achten, die Zielrichtung der Mobilisierung ...

Die Rede war von verschiedenen Arten der Mobilisierungen abhängig von den Gebieten (national, regional, kleinregional oder örtlich). Ein anderes Kriterium ist die Mobilisierung nach Zielen. Das heißt, wenn sich die Mobilisierung auf ein konkretes oder ein allgemeines Problem im Rahmen des Konflikts von Euskal Herria mit dem spanischen oder französischen Staat bezieht. Mobilisierungen eines Bereichs der Gesellschaft haben in der Vergangenheit ihre Wirksamkeit gezeigt. Sie haben ein großes Potential, weil sie die Dimension des Konflikts aufzeigen. Der Beitrag von engagierten Einzelpersonen aus gesellschaftlichen Teil-Kämpfen ist enorm wichtig, damit wir uns in der täglichen Arbeit nicht in reinem Aktionismus verrennen oder nur „Anweisungen“ ausführen.

Ziviler Ungehorsam und Verweigerung sind ebenfalls Arbeitsinstrumente. Es sind Wege, sich gegen Zwang zu wehren und zu zeigen, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Immer in der Absicht, den Gegner mürbe zu machen. Für uns sind sie eine weitere Methode innerhalb der allgemeinen Strategie. Denn unsere Revolution war und ist keine Revolution, die sich auf einen Schlag vollzieht (weder bewaffnet, noch zivil). Der nationale Aufbau, der Kampf der Linken und der demokratische Prozess im Allgemeinen sind die Instrumente, mit denen wir auf dem Weg zu einer tief greifenden Änderung erfolgreich vorankommen.

Unser Ziel ist es, den Kampfgeist in den Straßen, an den Arbeits- und Studienplätzen zu verbreiten, an Orten, an denen sich viele Menschen bewegen... Wir brauchen die gesellschaftliche Mobilisierung. Eine Mobilisierung, die wir selbstverständlich mit unserer allgemeinen Strategie und unseren Zielen in Einklang bringen müssen.

Wahlen und Institutionen

Wahlen sind ein Bereich von großem Einfluss, umso mehr, wenn wir bedenken, dass Euskal Herria im europäischen Teil der so genannten Ersten Welt des 21. Jahrhunderts liegt. Die Bedeutung von Wahlen steht außer Frage, wenn wir die vergangenen Jahre betrachten: bei den Regional- und Kommunal-Wahlen 2003 erlebten wir, wie der Versuch scheiterte, die abertzale Linke zu zerschlagen. Es war das Wahlverhalten, das dieses Scheitern deutlich sichtbar machte. Die Wahlen im spanischen Staat nach dem 11. März führten zu einem unerwarteten Umschwung. Im nördlichen Baskenland wurde bei den EU-Wahlen ebenfalls deutlich, dass Batasunas Weg der richtige ist, HZ³⁴ wurde zum Bezugspunkt für Abertzale, der Versuch von AB mit den Grünen scheiterte. Die legalen Stimmen für EHAK 2005 zeigten einen Aufwärtstrend; bei den Kommunalwahlen 2007 legten die am

Dialogprozess beteiligten Parteien zu (Abertzale Linke und PSOE); auch unser Wahlergebnis von 2008 war gut und die kürzlich durchgeführten Regional- und Europa-Wahlen haben die Basis für eine effiziente Strategie geschaffen und den Schritt ermöglicht, der im vorliegenden Diskussionspapier seinen Ausdruck findet. Beim Blick zurück auf Geschichte, Aktivität und politische Kultur der abertzalen Linken, waren Wahlen jeweils ein wichtiger Bereich des Kampfes, in dem Stärke gezeigt werden konnte. Das gilt mehr denn je auch für die Zukunft, wenn wir ein starkes Zentrum schaffen wollen, das den demokratischen Prozess bis zur letzten Konsequenz führt. Dagegen würden Ausgrenzung und Zersplitterung für uns eine düstere Zukunft bedeuten.

Institutionen sind Bereiche politischer Aktivität. Ohne zu vergessen, dass wir heute die undemokratischste Situation der vergangenen 30 Jahre erleben, in der die Ausgrenzung auf die Spitze getrieben wurde. Wie im Kapitel über die Dynamik des Reagierens beschrieben, erfordert eine solche Situation eine ständige Anklage.

Es ist klar, dass sich die Situation in den vergangenen 30 Jahren komplett verändert hat. Bis vor einigen Jahren dachten wir noch, die Teilnahme der abertzalen Linken in bestimmten Gremien und Institutionen würde den politisch-juristischen Status Quo legitimieren und stärken. Heute hingegen, wo wir politische Veränderungen basierend auf dem nationalen Aufbau erreichen wollen, ist die Anwesenheit der abertzalen Linken in den Institutionen zur gesellschaftlichen Streitfrage geworden. Wir haben den bestehenden Institutionen über all die Jahre die Legitimität abgesprochen und werden dies fortsetzen so lange sich keine wirklich demokratische Situation einstellt.

Im Rückblick gibt es einen weiteren Punkt der Selbstkritik. Die Leichtigkeit, mit der wir - manchmal unfreiwillig - der PNV die Verwaltung der Institutionen überlassen haben, hat sich in ein strukturelles Hindernis für den Fortschritt verwandelt. Anders gesagt: die so genannte „Anti-System-Haltung“, auch wenn sie im revolutionären Sinn korrekt sein mag, ist nicht sonderlich wirksam. Wir brauchen Stimmen bei Wahlen und administrativen Einfluss, um unsere Strategie umzusetzen.

Wenn wir es schaffen wollen, im demokratischen Prozess voran zu kommen, müssen wir auch die aktuellen institutionellen Bedingungen als Werkzeuge für die Stärkung unseres politischen Einflusses zu nutzen wissen, um von dort aus den nationalen Aufbau und die Ausrichtung eines politischen Abkommens zu stärken und zu steuern. Nicht zuletzt zur Stärkung unseres eigenen Projekts.

³⁴ HZ: Herritarren Zerrenda (Volksliste), Wahlplattform; AB: Abertzaleen Batasuna (Einheit der Abertzalen), Partei im nördlichen Baskenland; EHAK: Euskal Herrialdeetako Alderdi Komunista (Kommunistische Partei der Baskischen Territorien)

Darüber hinaus braucht die abertzale Linke großen Einfluss in den Institutionen und Strukturen, die im Verhandlungsprozess entstehen, denn in diesen neuen Strukturen wird der Prozess der Selbstbestimmung in Gang kommen, dort entscheidet sich, wie dieses Recht im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten genutzt wird.

Gleichzeitig müssen die Schritte in Richtung Institutionalisierung, die die nationale Struktur und den demokratischen Prozess stärken, in unsere politische Aktivität eingebunden sein. Ein wichtiger Schritt wird die Wiederbelebung von Udaltza sein. Es muss gut überlegt werden, wann und wie diese Reaktivierung von statten gehen soll, um der Institution die Bedeutung zu geben, die sie verdient.

5.2.2. BÜNDNISPOLITIK: UNABHÄNGIGKEITSKRÄFTE ZUSAMMENFÜHREN

Die abertzale Linke muss ihre Strategie konkretisieren, um mit all jenen gesellschaftlichen Gruppen, die sich für die Souveränität aussprechen, einen gemeinsamen Weg zur Unabhängigkeit festzulegen. Wir müssen begreifen, dass dafür Kräfte aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammen geführt werden müssen. In dieser Phase ist eine pluralistische Allianz notwendig. Ansonsten werden wir - von Dogmen geblendet - niemals eine Mehrheit für die Unabhängigkeit erreichen und faktisch gegen unser Unabhängigkeitsprojekt handeln.

Es ist notwendig, die Mehrheit in Euskal Herria, die einen gesellschaftlichen und politischen Wandel will, für das Projekt zu gewinnen. Unsere Aufgabe besteht darin, die gegenwärtige Zersplitterung der Kräfte zu überwinden und sie zusammen zu führen, um den politischen und sozialen Wandel im positiven Sinn zu lenken und um die Kräfteverhältnisse in Euskal Herria zu ändern.

Insofern gehören das Sammeln der Kräfte und der demokratische Prozess unteilbar zusammen. Um sicher zu stellen, dass der demokratische Prozess bis zu seiner letzten Konsequenz geführt wird, haben wir als Pfand nur den erzielten Fortschritt und die tatsächliche gesellschaftliche Aktivierung in der Hand. Eine der Hauptstreitfragen dieser Phase wird die Konkretisierung der Inhalte des politischen Wandels und seine Ausrichtung sein. Auf eine solche Auseinandersetzung zwischen jenen, die die territoriale Einheit Euskal Herrias negieren und die Teilung betreiben, und der anderen Seite, die wir Euskal Herria über ein neues demokratisches Szenario in die Unabhängigkeit führen wollen, müssen wir uns einstellen. Dafür müssen wir die gesellschaftliche Mehrheit in Euskal Herria, die demokratische und politische Veränderungen befürwortet, in Bewegung setzen. Bei dieser Bündnispolitik ist es besonders wichtig, dass die gewerkschaftliche Arbeit in die gemein-

same Strategie eingebunden ist, sie aber gleichzeitig auch eigene Beiträge zur Entwicklung in diesem Pro-Unabhängigkeitssektor leistet.

Das Sammeln von Kräften ist, wie gesagt, eine Aufgabe, die in ganz Euskal Herria ansteht, unter Beachtung der jeweiligen Einflussbereiche und zugleich mit der Zielsetzung, den nationalen Standpunkt zu stärken. Im nördlichen Euskal Herria ist das Kräfteverhältnis momentan nicht ausreichend für einen wirklichen Wandel und zweifellos bringen Manöver wie die „Balladur-Reform“ für uns keine Änderung. Zur Überwindung dieser Blockadesituation kommt der gemeinsamen Arbeit aller Euskaltzalen (baskisch Sprechenden), Abertzalen und Linken eine Schlüsselfunktion zu. Auch hier ist es die abertzale Linke, die eine Antriebs- und Dynamisierungs-Funktion hat. In den kommenden Jahren müssen wir es schaffen, nicht nur im abertzalen Spektrum Einfluss auszuüben, sondern in der ganzen Gesellschaft. Dafür müssen wir uns mit wichtigen Problemen einzelner Bereiche verstärkt befassen.

5.2.3. DIE DYNAMIK DES REAGIERENS: EIN GESELLSCHAFTLICHES BOLLWERK ERRICHTEN

Der Angriff des spanischen Staats ist nicht nur extrem gewalttätig, er erfolgt auch auf ganzer Breite, in allen Bereichen. Auch der französische Staat greift zu immer härteren Mitteln, um die abertzale Linke zum Verschwinden zu bringen. Diese Situation erfordert es, uns den Exzessen und der Barbarei entschlossen entgegen zu stellen. Wir müssen diesen Kampf verstärkt führen und dabei auch andere Themen adressieren, wie zum Beispiel die fehlende Legitimierung des aktuellen rechtlichen Rahmens. Gleichzeitig müssen wir die Notwendigkeit einer Änderung der Situation betonen und selbstverständlich im öffentlichen Bewusstsein verankern, dass das Hauptziel der Repressionswelle die Verhinderung des Unabhängigkeitsprojektes ist.

Im Kampf gegen den Ausnahmezustand wiegt das Verbot der politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten der abertzalen Linken besonders schwer. Es ist nicht nur ein Angriff auf demokratische Grundrechte, es ist auch die Hauptwaffe beim Versuch, das Rückgrat der Unabhängigkeits-Strategie zu brechen. Unsere Antwort auf diese Situation erfolgt auf zweierlei Weise: erstens, die Illegalisierungen anklagen. Zweitens, uns über die Verbote hinwegsetzen und unseren Weg weiter verfolgen. Der Sog der Repression darf uns nicht zerstören und von unserem Ziel abbringen. Das würde nur dem Gegner dienen. Notwendig und unverzichtbar sind beide Wege: unsere politischen Absichten weiterzuverfolgen und den Willen, sich zu wehren, als Ausdruck der kollektiven Gesinnung und der Kultur der abertzalen Linken beizubehalten.

Wir müssen auch lernen, die Wirklichkeit zu sehen. Sie wollen uns ersticken und uns fühlen lassen, dass sie uns ersticken, um uns von der Unmöglichkeit unseres Tuns zu überzeugen. Der psychologische Kampf ist ein wesentlicher Faktor. Wenn die staatliche Maschinerie in Gang kommt, ist sie kurzfristig nicht aufzuhalten. Das ist eine Tatsache. Das heißt jedoch nicht, dass mobilisierende politische Antworten keinen Wert hätten. Im Gegenteil, früher oder später werden wir die Repression überwinden, wie uns das in der Vergangenheit schon gelungen ist. Es ist so gut wie unmöglich, repressive Operationen auf der Stelle zu stoppen, doch mit entsprechenden Antworten schwächen wir die Position derer, die diese Operationen angeordnet haben. Gleichzeitig stärken wir unsere Initiative für eine demokratische Lösung.

Die undemokratische Situation in den Institutionen, die dort aufgrund der Illegalisierungen entstanden ist, muss besonders deutlich angeprangert werden. In der Mehrheit der Institutionen Euskal Herrias gibt es keine demokratische Vertretung, auf vielen Stühlen sitzen Leute, die nicht durch Voten von Wähler/innen legitimiert sind. Solange diese Situation besteht, muss sie mit aller Kraft angeklagt werden, um die demokratische Volksvertretung wieder herzustellen. Diese Anklage wird so zum Bestandteil der gemeinsamen Arbeit.

Wenn wir es schaffen, dem breiten Spektrum, von dem wir in dieser Phase sprechen, eine Stimme zu geben, können wir dem Ausnahmezustand dadurch Paroli bieten, dass wir diese inakzeptable Situation in die Öffentlichkeit tragen.

Es ist klar, dass unsere Aktivitäten zur Wiederherstellung des demokratischen Prozesses die Repressionsmechanismen überwinden müssen, wenn wir Fortschritte machen wollen. Dem Willen zur Wiederherstellung des Prozesses wird sich der Wille entgegen stellen, Repressionsmaßnahmen fortzuführen. Das kann unter uns selbst zu Spannungen führen, wenn wir nicht vorher eine klare Definition dieses Prozesses erarbeitet und alle interessierten Kräfte mobilisiert haben. Notwendig ist, dass sich in der Gesellschaft der Standpunkt durchsetzt, dass es zum demokratischen Prozess keine Alternative gibt.

In diesem Sinne ist es notwendig, die Dynamik des Reagierens in den Dienst der Anstrengungen für einen Prozess zu stellen. Die Antwort auf Repression und Ausnahmezustand muss durch breite Teile der Bevölkerung gegeben werden und nicht nur das Konfrontations-Schema abertzale Linke gegen Staat wiederholen. Das gilt jetzt, wie am Vorabend des Prozesses und während des Prozesses. Vorrangige Aufgabe ist es, staatliche Einmischung von dieser Perspektive aus in die Schranken zu weisen und nicht, den Prozess stän-

dig mit sterilen Debatten in Frage zu stellen. Die Erklärung für Letzteres versteht sich von selbst, denn wie vorher ausgeführt sind Kräftesammlung und gesellschaftliche Mobilisierung die einzigen Garantien für die Entwicklung des Prozesses, nicht jedoch vermeintliche Willenserklärungen und unterschriebene Abkommen.

Die Schaffung eines Bollwerks gegen staatliche Einmischung und gegen den Ausnahmezustand muss von dieser Perspektive aus erreicht werden.

Gefangene und Flüchtlinge

Politische Gefangene und Flüchtlinge sind Folge des durch die Politik der Staaten hervorgerufenen Konflikts. Gleichzeitig sind sie klare Zeichen des Befreiungsprozesses, Beispiele eines Volkes, das für die Freiheit kämpft. Beispielhaft ist nicht nur ihr Einsatz, sondern auch die Bewahrung ihrer politischen Ziele. Konkret: der Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus. Ihr politischer Beitrag war entscheidend, Beispiele sind die Sabotage gegen die Hinnahme der Franquismus-Reformen, oder die Konfrontation mit der Reue-Politik, die die Liquidierung des Befreiungsprozesses zum Ziel hatte. Als 1994 die Unabhängigkeits-Bewegung einen neuen politischen Zyklus begann, haben sie eine wichtige Rolle gespielt. Für den kommenden Prozess wird eine ähnliche Rolle von fundamentaler Bedeutung sein.

In diesem Zusammenhang gibt es verschiedene Wege der Annäherung an das Thema:

- Vorweg ist festzustellen, dass der demokratische Prozess dem Gefangenen- und Flüchtlingskollektiv die Möglichkeit eröffnen muss, nach Hause zurück zu kehren. Dieser Kampfbereich muss unter dieser Perspektive reorganisiert werden. Auf diesem Weg muss eine Dynamik in Gang gesetzt werden wie am Ende des Franquismus und bei der Amnestie.
- Gefangenen- und Flüchtlingskollektiv haben politischen Charakter, das bestimmt ihren Status. Sie sind Aktivistinnen und Aktivisten und genau so muss ihre politische Rolle gesehen werden. Die Arbeit der abertzalen Linken muss diesen politischen Status stärken und Kanäle öffnen, mittels derer die Gefangenen direkt am Prozess teilnehmen können. Zu Zeiten von Lizarra-Garazi wurden die Regierungen aufgefordert, die Teilnahme der Gefangenen am Prozess zu ermöglichen. Das muss heute nicht mehr gefordert werden, denn dazu bedarf es keiner Erlaubnis irgendeiner Seite. Wir müssen die Zusammenlegung der Gefangenen fordern, die Möglichkeit, politische Vertretungen zu empfangen... ohne Einschränkung. Es ist die Entscheidung des Gefangenen- und Flüchtlingskollektivs, am Prozess teilzunehmen, die abertzale Linke muss trotz aller staatlicher Schikanen dafür sorgen, dass diese Möglichkeit Realität wird.

- Die Frage des Gefangenen- und Flüchtlingskollektivs ist eng verbunden mit dem Prozess zur Überwindung des Konflikts. Eine Amnestie (verstanden wie bei der Alternative KAS als taktischer Schritt der Freilassung der Gefangenen) wäre das deutlichste Signal, dass der Konflikt beigelegt ist.

- Mehr denn je handelt es sich bei dieser Frage um die Verteidigung der Menschenrechte. Isolation, Zerstreuung³⁵, lebenslange Haft, Nichtfreilassung kranker Gefangener, Misshandlungen, Autounfälle von Angehörigen auf dem Besuchsweg ... Unzählige Verstöße müssen angeklagt werden, die Situation muss geändert werden. Angesichts der Tatsache, dass die Staaten eine immer inhumanere Gefängnispolitik betreiben, kommt diesem Kampf in der gegenwärtigen Situation eine besondere Bedeutung zu.

All diese Punkte müssen präsent sein beim Versuch, den demokratischen Prozess in Gang zu bringen. Ein Schlusstrich unter die Verletzung von Menschenrechten (Rücknahme von Sondergesetzen, Freilassung von Gefangenen, die längst frei sein müssten, sowie deren Heimkehr nach Euskal Herria) wäre eine Maßnahme der Entspannung zur Einleitung des demokratischen Prozesses.

Gleichzeitig ist es ein wichtiges Thema bei der endgültigen Überwindung der Folgen des Konflikts. Wir können mit diesen Themen nicht bis zum Ende eines neuen Verhandlungsprozesses warten. Wir müssen die Angst überwinden, das politische Problem könne in den Hintergrund treten, wenn wir diese Themen auf die Tagesordnung setzen. Das Prozess-Schema muss anders sein: während Zeitpunkt und Beziehung zwischen den verschiedenen Verhandlungsebenen gut kontrolliert werden müssen, bedeutet jeglicher Fortschritt in anderen Bereichen eine Stärkung des Prozesses.

Andererseits darf Fortschritt oder Stagnation im Prozess unsere Arbeit nicht beeinflussen, wenn es darum geht, konkrete Probleme anzugehen, welche das Gefangenen- und Flüchtlingskollektiv betreffen. Es ist nicht dasselbe, ob Gefangene oder Flüchtlinge 5 oder 30 Jahre aushalten müssen. In den ersten Jahren der Reform beispielsweise konnte es dramatisch sein einzugestehen, dass eine Gefangene oder ein Gefangener (gudari) ein psychologisches Problem hatte. Wir wissen heute, dass dies kein Scheitern bedeutet, sondern Folge einer extremen Brutalität ist. Deshalb müssen die Verhaltensweisen geändert oder angepasst werden, die diese Kollektive benutzt haben. Ausgangspunkt hierfür sind immer die Debatten, die innerhalb der Kollektive geführt werden.

Notwendig ist eine Aktivierung derjenigen Kräfte, die unsere politischen Forderungen zum Thema Gefangene und Flüchtlinge mittragen. Notwendig ist die Schaffung einer breiten und bereitwilligen Aktionseinheit für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Phase, die wir jetzt gestalten wollen.

So gesehen hat das gesellschaftliche Bollwerk nicht nur die Aufgabe, auf den Ausnahmezustand zu antworten, sie soll auch auf die Situation der Gefangenen und Flüchtlinge reagieren, indem sie eine Volksbewegung für Amnestie und demokratische Freiheitsrechte bildet.

5.2.4. VERHANDLUNGEN

Die Verhandlung: kontinuierliches Instrument

Verhandlungen müssen kontinuierlich stattfinden, auch in den widrigsten Situationen. In den Prozessen, die wir bisher erlebt haben, ist uns bewusst geworden, dass wir zu Beginn nicht ausreichend vorbereitet waren. Damit dies nicht wieder geschieht, gibt es nur einen Weg: die bisherigen Erfahrungen kritisch zu analysieren und Verhandlungen als eine kontinuierliche Linie zu verstehen.

Deshalb muss die abertzale Linke eine Gruppe beauftragen, die sich auf Verhandlungen konzentriert und die in die Leitung integriert ist. Gespräche, diplomatische Beziehungen, Untersuchungen, Pflege der Beziehungen müssen gewissenhaft und systematisch sein, nicht improvisiert und nicht provisorisch. Verhandlungen sind nicht kurzlebig, sondern werden bis zur Erlangung des Staates Euskal Herria eine Rolle spielen.

Entwicklung der Verhandlungen

Um die Arbeit in diesem Bereich zu konkretisieren müssen wir auf die bisher gesammelte Erfahrung zurückgreifen. Von früheren Gesprächen in Algier bis heute, denn die Verhandlungsweisen haben sich stark verändert.

Vor Algier. Beabsichtigt waren Verhandlungen zwischen der stärksten Macht im Staat (dem Militär) und ETA, denn das Militär hatte den Übergangs- und Reform-Prozess gewährleistet, ohne mit dem alten Regime zu brechen.

Algier. Nach dem Wahlsieg der PSOE und der Aufnahme des spanischen Staates in den "demokratischen Club" Europas sollte die spanische Regierung Gesprächspartner von ETA sein. Zum ersten Mal wird von einer Verhandlungsrunde der Parteien gesprochen.

Die demokratische Alternative. Die Verhandlungen

³⁵ Zerstreuung nennt man die spanische Politik, baskische politische Gefangene in spanischen Gefängnissen zu inhaftieren, die möglichst weit vom Baskenland entfernt sind, oft mehrere hundert Kilometer. Dazu kommt die häufige Verlegung von politischen Gefangenen von einem Gefängnis in ein weit entferntes anderes.

sollten auf zwei Ebenen erfolgen. Einerseits zwischen den baskischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern, andererseits in Gesprächen mit dem Staat. Die Konfliktlinie war nicht ETA gegen den Staat, sondern Euskal Herria gegen den Staat.

Jetzt das Volk Jetzt der Frieden. Eine Konkretisierung der vorherigen Initiative. Sie benennt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Verhandlungen und definiert die Arbeit einer jeden separaten Verhandlungsrunde. Das Verhandlungsmodell findet sich im Vorschlag von Anoeta wieder, eine Verhandlung auf zwei Ebenen. Einerseits Gespräche zwischen den baskischen Vertreterinnen und Vertretern (es sollen politische Abkommen erreicht werden) und andererseits zwischen den Staaten und ETA. Im Unterschied zum vorigen Prozess kommt der Vorschlag von einem breiten Bündnis.

Bei der Definition der Methodik und der Verhandlungsinhalte müssen Lehren aus der bisherigen Entwicklung gezogen werden.

Verhandlungsmerkmale

Vorweg muss daran erinnert werden, dass die Verhandlung selbst kein Ziel ist und nicht schon als Erfolg verstanden werden darf. Sie ist ein Instrument, das den politischen Wandel konkretisiert und antreibt.

Ziel der politischen Verhandlung ist es, die Errungenschaften des gesellschaftlichen Kampfes juristisch-politisch zu verankern, um eine neue demokratische juristisch-politische Struktur zu erreichen. Integriert in den politischen Prozess muss die politische Verhandlung zum Ziel haben, die politischen Veränderungen und den hierfür notwendigen Weg zu konkretisieren. Deshalb sind politische Verhandlung und das aus ihr resultierende Abkommen Werkzeuge, um den Befreiungsprozess zu befördern. In unserem Befreiungsprozess, insofern er keinen umfassend revolutionär endenden Prozess darstellt, ist Verhandlung ein wesentliches Element. Die politische Verhandlung ist eine Kampflinie (sowohl für die abertzale Linke, als auch für den Staat). Die abertzale Linke muss die Verhandlungsrunden deshalb als Kampf verstehen, in denen es um die Errungenschaften des Volkes geht.

Das Verhandlungs-Modell findet sich im Vorschlag von Anoeta wieder. Es gibt eine einzige Verhandlung, die auf zwei Ebenen geführt wird. Auf der einen Seite verhandeln die Vertreterinnen und Vertreter aus Euskal Herria (mit dem Ziel, politische Abkommen zu erarbeiten), auf der anderen gibt es die Verhandlung zwischen ETA und den Staaten.

Die Verhandlungen und die internationale Gemeinschaft

Wie bei demokratischen Vorgängen allgemein

spielt auch im Bereich der Verhandlungen die internationale Gemeinschaft eine wichtige Rolle. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die internationale Gemeinschaft eine Unterstützung für Verhandlungen darstellen kann. Sie direkt einzubeziehen wird somit den Beginn von Verhandlungen, die Erlangung von Abkommen und deren Einhaltung ermöglichen.

Die internationale Gemeinschaft kann Druck auf die Staaten ausüben (wie in dieser Phase auf den spanischen Staat), doch wird sie dies auch gegenüber der abertzalen Linken tun. Auch wenn uns die internationale Aufmerksamkeit bei der Lösung des politischen Problems nützlich sein kann, dürfen wir nicht davon ausgehen, dass sie sich alle unsere politischen Thesen zu eigen macht, geschweige denn, sich auf unsere Seite stellt, denn in unserem Kampf stehen wir zwei Staaten gegenüber, die auch international großen Einfluss haben.

Es ist aber nicht auszuschließen, dass klares, verlässliches Verhalten und die von uns vorgelegten demokratischen Vorschläge internationale Unterstützung erhalten. Darauf gründet sich unsere Position der Stärke.

Verhandlung und gesellschaftliche Unterstützung Ein demokratischer Prozess erfordert eine breite gesellschaftliche Basis, die die Entscheidungen der verschiedenen Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführer stützt. Aus diesem Grund ist es notwendig, politische, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Sektoren als Stützen eines breit angelegten Prozesses von Dialog und Verhandlung einzubeziehen. Dabei sprechen wir von einem Spektrum, dessen ideologische Grenzen nicht vorgelegt sind und das über den demokratischen Prozess und die politischen Abkommen wachen wird. Wie gesagt, die gesellschaftliche Unterstützung wird die einzige Garantie darstellen, dass der Prozess zu politischen Abkommen führt.

6. NOTWENDIGE SCHRITTE, UM UNSERE ZIELE ZU ERREICHEN

Um einen demokratischen Prozess zu artikulieren und die Strategie, die wir in vorliegendem Dokument skizziert haben, wirksam umzusetzen, muss unser Weg vier große Schritte beinhalten. Jeder dieser Schritte kann individuell gesehen und entwickelt werden. Es ist aber nötig, dass sie sich gegenseitig unterstützen und stärken.

Diese Schritte sind:

- Die abertzale Linke restrukturieren. Dies ist ein drängendes Thema. Denn wenn wir die abertzale Linke als Motor sehen, macht es keinen Sinn, ihren jetzigen und künftigen Zustand nicht zur Kenntnis zu nehmen. Wir müssen mit dieser Arbeit beginnen. Das wichtigste Werkzeug der abertzalen

Linken, um unsere Strategie zu vollenden und auszubauen, wird die Volkseinheit sein.

- Einen Raum für Pro-Unabhängigkeitsunterstützer schaffen. Dies ist eine Initiative, um breite Kreise der Gesellschaft zu erreichen und ideologischen Einfluss auszuüben. Das wird ein Raum sein, der mehr und mehr Menschen zusammenbringt, die unsere ideologische Botschaft erhalten. Dieser Raum wäre die Verbindung zwischen unserem taktischen Angebot (das international akzeptierte Recht auf Selbstbestimmung, territoriale Struktur ...) und unserer strategischen Richtung (Baskischer Staat, Unabhängigkeit). Dieser Raum sollte eine nicht zu ausgeprägte Struktur haben und dynamisch sein. Er muss stufenweise Bereiche der Bevölkerung einschließen. Im Laufe seiner Entwicklung kann er zum Instrument für Wahlen werden und deshalb in den Institutionen präsent sein. Damit ändert er das Kräfteverhältnis zwischen Konstitutionalisten und der PNV. Gleichzeitig kann er die Entwicklung des demokratischen Prozesses beschleunigen und dessen Richtung beeinflussen. Auf jeden Fall wird jedoch die Volkseinheit Bezugspunkt und Organisationsform der abertzalen Linken sein, wenn es um den Kampf in den Institutionen und auf der Strasse geht. Der Raum für Pro-Unabhängigkeitsunterstützer ist nicht dafür gedacht, die Volkseinheit oder die abertzale Linke zu ersetzen, aber er bietet all denen eine

Möglichkeit, die für Selbstbestimmung sind. Er ist damit ein fruchtbarer Boden, auf dem die Pro-Unabhängigkeits-Strategie gedeihen kann.

- Ein Bollwerk der Bevölkerung schaffen. Zusätzlich zur Restrukturierung der abertzalen Linken und zur Schaffung eines Raumes für Pro-Unabhängigkeits-Unterstützer ist es nötig, so schnell als möglich ein Bollwerk der Bevölkerung zu errichten. Dieses Bollwerk muss ein breites soziales Spektrum vereinigen, um den derzeitigen Ausnahmezustand anzuprangern und eine demokratische Lösung zu fordern. In späteren Stufen muss es Respekt vor dem demokratischen Prozess fordern und Einsatz für ihn verlangen. Mit fortschreitendem demokratischem Prozess wird es die Rückführung der Gefangenen in Baskenland fordern und jeden Versuch staatlicher Einflussnahme anprangern.

- Wiederbelebung des Verhandlungsprozesses. Mit den oben beschriebenen Bausteinen, mit der Einbindung internationaler Organisationen und der Verstärkung unserer Managementstrukturen an der Verhandlungsfront wollen wir Verpflichtung auf und Respekt vor dem demokratischen Prozess erzielen. In diesem Sinne müssen wir so schnell wie möglich die oben erwähnte Plattform für eine demokratische Lösung schaffen.

Euskal Herria, Oktober 2009